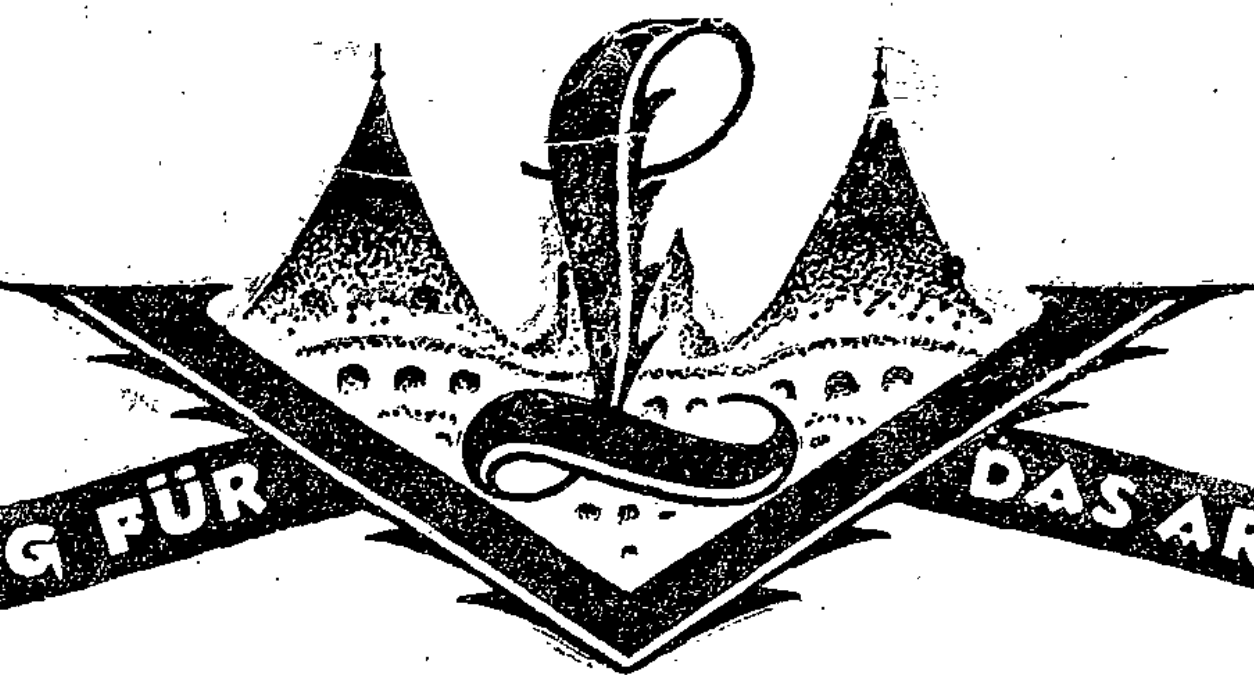


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreilins Haus monatlich 32 Mk., Einzelverkaufspreis 1,50 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteilhafte Zeile oder deren Raum 7,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mk., Reklamen 36,00 Mk., Beilagengebühr 1000 Stk., 150 Mk., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 184.

Mittwoch, 9. August 1922.

29. Jahrgang.

Politik oder Wirtschaft?

Der erste Tag der Londoner Konferenz.

Dr. L. Lübeck, 9. August.

Zuerst sprach Poincaré. Eindringlich, eigenfönnig und auch geschickt; wie immer. Nicht ohne Grund steht er im Ruf, einer der besten Advokaten Frankreichs zu sein.

Erst das alte Lied: Deutschland könnte, aber es will nicht. Je weniger man von ihm verlangt habe, umso weniger habe es bezahlt. Und jetzt wolle es gar ein Moratorium bis 1924. Davon könne gar keine Rede sein; man müsse im Gegenteil den Deutschen einmal beweisen, daß man „Ernst“ zu machen versteht.

Dem — Poincaré kam jetzt in sein eigentliches Fahrwasser — Frankreich sei am Ende seiner Kraft angelangt; es gehe seinem Ruin entgegen. Es habe 10 verwüstete Departements; und es habe an seine Kriegsgeschädigten bisher 90 Milliarden Goldmark vorgeschossen, die Deutschland hätte zahlen sollen.

Für den Fall aber, daß die Reparationskommission doch ein Moratorium bewilligen werde, sei es unbedingt nötig, daß die Alliierten von Deutschland als Gegenleistung „produktive Pfänder“ verlangten.

Und der hurtige Poincaré zog gleich ein Papier aus der Tasche mit folgenden sieben Vorschlägen, wie er die „produktiven Pfänder“ sich denke:

1. Eine Kontrolle der Reichsbank;
2. Kontrolle der Ausfuhrgenehmigung;
3. Eine Überwachung des Marktes in Auslandsdevisen;
4. Sonderbesteuerung der Ruhrkohle;
5. Wiederherstellung der Zollgrenze im Osten des besetzten Gebietes;
6. Kontrolle der Einnahmen aus Bergwerken und Wäldern;
7. Beteiligung an der deutschen Industrie.

Damit war die Vormittagsitzung zu Ende. Bei einem der berühmten Konferenzfrühstücke ging man zu zwangloser Unterhaltung über und bei Mokka und Zigarren vergaßen die Weltweisen die ungeheuren Nöte unseres schwergeprüften Planeten.

Mit erneuter Kraft legte man sich dann nachmittags ins Zeug. Lloyd George eröffnete den Reigen. Schon vormittags hatte ihm die Ungebild manchen lebhaften Zwischenruf entzogen. Jetzt aber zog er alle Register seiner Redekunst; halb Kanzlerredner, halb Volkstribun bannte er Poincarés irrende Geister.

Habe Großbritannien nicht ebenso leiden müssen wie Frankreich? Frankreich habe im Kriege 37 Milliarden Dollar ausgegeben, das Britische Reich aber 50 Milliarden. In den verwüsteten Gebieten Frankreichs lebten zwei Millionen Menschen, die Arbeitslosen Englands aber machten mit ihren Familien fünf Millionen aus. Sei also England besser gestellt als Frankreich? So fragte Lloyd George weiter seinen französischen Kollegen.

Als dritter kam Schanzer zu Wort, der kluge und ehrliche Jude, der Italiens Finanzgeschäfte leitet. Auch er jammerte, sprach von Italiens schlechten Finanzen und von seiner schlechten Wirtschaftslage. Und auch Belgiens Sprecher, Theunis, sang die gleichen Klageklänge. Kein Land, so meinte er, habe schwerer gelitten als Belgien.

Das war der erste Tag. Alle jammerten, jeder setzte lang und breit auseinander, welche ungeheuren Opfer an Blut und Wohlstand sein Land dem gemeinsamen Krieg habe bringen müssen. Und sie sprachen alle zweifellos die Wahrheit.

Wer aber sprach von Deutschlands Opfern? Und von denen Österreichs und Bulgariens? Sind diese Länder nicht ebenso durch den Krieg geschwächt und erschöpft?

Weshalb spricht man davon nicht? Aus dem einfachen Grunde, weil nach wie vor politische Erwägungen die Entente-Köpfe dirigieren, besonders in Frankreich. Jedermann weiß, daß Deutschland nicht mehr weiter kann. Jedermann weiß, daß der Zahlungsausschub unbedingt kommen muß. Aus weltwirtschaftlichen Gründen!

Aber ganz andere Beweggründe sind es ja, die die Köpfe der Ententestaatsmänner verwirren. Politische, weltpolitische! Frankreich kämpft wie ein Verzweifelter um eine Weltmachtstellung. Es will deshalb nicht abtreten; es will neben England, Amerika und Japan an der Herrschaft über die Welt teilnehmen. Aber ihm fehlen alle Grundlagen zu einer solchen Machtstellung.

Sein Volk ist klein, seine Industrie wenig entwickelt, sein Handel neben dem englischen unbedeutend. Aber sein Ehrgeiz ist groß wie ein Wasserkopf.

Nur seine unbedingte Vormachtstellung in Europa, sein militärisches Übergewicht, seine unbestrittene Machtposition im Verein mit Polen und der Tschechoslowakei versprechen ihm Geltung in der Welt. Deshalb kämpft es mit solcher Verzweiflung gegen seine Abriistung; und deshalb erstrebt es auch mit allen Mitteln eine Erweiterung seiner Machtsphäre in Deutschland und in ganz Europa.

Der alte Gegensatz England—Frankreich ist es also auch jetzt wieder, der einer verständigen Lösung hemmend im Wege steht. Aus politischen Gründen tritt Frankreich jede wirtschaftliche Erwägung mit Füßen. Dabei hat es ganz und gar vergessen, daß die Wirtschaft viel, viel stärker ist als alle politischen Künsteleien. Vorübergehend läßt sich die wirtschaftliche Entwicklung vielleicht etwas ablenken, aber schließlich geht sie ihren Weg; selbst die absolute Zertrümmerung ganzer politischer Systeme scheut sie nicht.

Es scheint, daß wir dicht vor dem Punkte angelangt sind, wo die allgemeine wirtschaftliche Zerrüttung rücksichtslos die Politik beiseite schieben wird. England stellt deswegen schon jetzt seine ganze Politik nach wirtschaftlichen Rücksichten ein. Frankreichs Leiter aber sträuben sich mit Händen und Füßen gegen ein solches Umlernen. Bis es zu spät sein wird!

Eintwendungen gegen Poincarés Vorschläge.

II. London, 9. August.

Von halbamtlicher Seite erfährt man, daß man den Vorschlägen Poincarés nicht zustimmen geneigt ist, da durch sie Deutschland geradezu stranguliert werde. Man erinnert an die Feststellungen, die seinerzeit die Sachverständigen auf der Konferenz in Spa gemacht haben, wonach zu einer Befreiung des Ruhrgebietes mindestens sieben Divisionen notwendig sind. Es herrschen aber berechtigte Zweifel darüber, ob unter den heutigen Verhältnissen diese Befreiungsmacht ausreichen würde, um die Bevölkerung des neu zu befreienden Gebietes in Schach zu halten. Zwar haben die französischen Delegierten in dieser Frage völlig neue Argumente mit nach London gebracht, durch die sie aber keinen einzigen anderen alliierten Delegierten überzeugen können.

Italien für durchgreifende Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages.

London, 9. August.

In den Kreisen der italienischen Delegation ist man mit Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands sowohl gegen die Befreiung des Ruhrgebietes wie auch gegen Maßnahmen, die Deutschland Hilfe nur für eine gewisse Zeit gewähren können, z. B. ein Moratorium, und hält es für besser, sofort durchgreifende Maßnahmen zu treffen und die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages zu revidieren. Deshalb schlagen die italienischen Delegierten die Einsetzung einer interalliierten technischen Kommission vor, die Mittel finden soll, mit deren Hilfe Deutschland seine Finanzen stabilisieren kann.

Um das Moratorium.

London, 8. August.

Lloyd Georges Antrag, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, mit dem er die Londoner Konferenz eröffnete, ermöglichte es, sogleich einen Überblick über die Meinungsrichtungen der Konferenzteilnehmer zu erhalten. Für den Moratoriumsantrag Lloyd Georges erklärten sich ausdrücklich Außenminister Schanzer im Namen Italiens, Ministerpräsident Theunis im Namen Belgiens und Botshaker Hayashi im Namen Japans.

Die Entscheidung fällt in Privatgesprächen.

London, 8. August.

Die Konferenz wird heute wahrscheinlich keine offizielle Sitzung abhalten. Bei den privaten Besprechungen, die sich zweifellos nicht auf die Reparationsfrage beschränken wer-

den, wird die eigentliche Entscheidung fallen. Die Ueberweisung an ein Sachverständigenkomitee bedeutet lediglich eine Formfrage, um Zeit zu gewinnen.

Wiederaufnahme der Kriegsbeschuldigtenprozesse durch Frankreich.

Paris, 8. August.

Das „Journal“ weiß zu melden, daß die französischen Kriegsgerichte und zwar das 6. in Chalons sur Marne, das 1. von Lille und das 20. von Nancy beauftragt wurden, sich mit den Prozessen gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten zu befassen. Die Prozesse werden jedoch schwerlich vor Oktober beginnen, da zahlreiche Zeugen zu vernehmen sind.

Die Deutschen in Elsaß-Lothringen.

Saarbrücken, 7. August.

Einem Straßburger Mitarbeiter der „Saarbrücker Landeszeitung“ wurde von einem Vertreter des Deutschtums im Elsaß folgendes erklärt: Gegenwärtig befinden sich im Lande noch rund 30 000 Deutsche, die aus wirtschaftlichen Gründen auf der heimatischen Scholle zu bleiben gezwungen sind, solange ihr Hab und Gut als „feindliche Ausländer“ noch nicht von Staats wegen freigegeben ist, d. h. solange ihrem Antrage auf Naturalisation, d. h. Aufnahme in den französischen Staatsverband, nicht Folge geleistet ist. Und mit der Erfüllung dieser tausendfältigen Naturalisationsverträge dürfte es seitens der Präfecturen ex officio nach dem derzeitigen äußerst kritischen finanziellen Verhältnis zu Deutschland nun noch gute Weile haben. Eine Massenausweisung der Deutschen im Lande als erste Zwangsmäßnahme soll aber erst in progressiver Weise, d. h. allmählich fortsetzend, zur Tatfache werden, wenn die Drohungen gegenüber Deutschland nichts fruchten beim auf internationalen Wege in Kürze eine Lösung oder Milderung des Konfliktstoffes erreicht wird. Offiziös wird aus Paris heute gemeldet, daß die erste Sanktion gegen Deutschland am kommenden Montag getroffen wird und in der Ausweisung von 150 Deutschen aus dem Lande besteht, deren beträchtliches Vermögen sequestriert wird. Acht Tage später sollen abermals 150 wohlhabende Deutsche das gleiche Schicksal erfahren. Dann erst wird die Frage der Massenausweisung akut sein und werden. Erfreulicherweise sträubt sich die gesamte bürgerliche Presse des Landes — ohne Unterschied der Parteirichtung — gegen eine solche Gewaltmaßnahme. Selbst die Stimmen der Chauvinisten glauben aus solchen drakonischen Gelüsten keinen Segen für das wirtschaftliche und moralische Leben des Landes erblicken zu sehen.

Wir beschränken uns auf folgende führende Pressestimmen: Der „Elsaßer“ schreibt: „Ist es nötig, um das nicht zahlende Deutschland zu strafen, das wirtschaftliche Leben des Elsaß und Lothringens durch Massenweisungen zu erschüttern? Wir sind die ersten, welche die Ausweisungen von Deutschen befürworten, die das Gastrecht mißbrauchen. Aber wir halten es für außerordentlich bedenklich, Maßnahmen bei uns durchzuführen, wodurch die elsässisch-französischen Kreise in weitem Umfange benachteiligt würden. Hat man vergessen, wie viele Deutsche sich hierzulande assimiliert haben, mit Elsaßern vermischt oder verschwägert sind, als ihre Heimat von Kind auf nur das Elsaß und Lothringen kennen? Will man diese Bande zerreißten, wodurch beide Teile schwer getroffen werden?“ Wesentlich ähnelnd äußert sich die deutschfeindliche „Neue Straßburger Zeitung“, indem sie schreibt: „Es geht nicht an, daß man, um Deutschland zu strafen, alle diese Bande zerreißt; denn man trifft damit nicht Deutschland, sondern in den allermeisten Fällen das Elsaß und Lothringen. Es geht nicht einmal an, daß man mit diesen Ausführungen auch nur droht; denn mit solchem Demotleschwert über dem Haupte ist es einem ehrlichen Menschen nicht möglich, zu arbeiten.“

Unter der Fascistendiktatur.

Rom, 8. August.

Die Regierung ist von der Besserung der allgemeinen Lage befriedigt. Der Ministerrat hatte einen eingehenden Besprechung mit dem Abgeordneten Grandi, dem Führer der Fascisten der Toskanen. Wie die „Epoca“ aus Mailand meldet, hat der geheime Aktionsauschuß der Fascisten 72 der bekanntesten Organisatoren und Führer der sozialistischen Bewegung von Mailand auf die Liste der zu vernichtenden Gegner gesetzt. Unter diesen befinden sich auch die Abgeordneten Turati und Treves. Die Gemeindeverwaltung des Mailänder Vorortes Greco wurde von einer Abordnung Fascisten zum sofortigen Rücktritt aufgefordert, da sonst das Gemeindehaus besetzt würde. Die sozialistische Verwaltung von Verona ist zurückgetreten. In der Provinz Pistoia haben sich verschiedene sozialistische Sektionen aus Furcht vor fascistischen Überfällen aufgelöst und ihre roten Fahnen den Behörden übergeben. In mehreren Orten verwüsteten die Fascisten die Arbeitskammern und zwangen die sozialistischen Bürgermeister zum Rücktritt. Der Vizepräsident des Buchdruckerverbandes wurde von einem Unbekannten meuchlings erschossen, weil er sich gegen den Fascismus ausgesprochen hatte.

Die bayerische „Monarchie“.

München, 8. August.

Die Abreise der bayerischen Delegation nach Berlin ist heute erfolgt. Die bayerische Ordnungspresse gibt den Delegierten noch Verhaltungsmaßregeln mit auf den Weg. So schreibt die bayerische Volkspartei-Korrespondenz unter dem niedrigen Titel „Der unverrückbare bayerische Standpunkt“: Die bayerische Notverordnung kann erst aufgehoben werden, wenn die Behörden Bayerns gegen die republikanischen Schutzelektoren des Reiches befechtigt sind. Das bayerische Volk, das geschlossen wie noch nie hinter der Politik seiner Regierung steht, verlangt von den Unterhändlern, daß sie sich für und gegen die bayerische Sache bringen. Jetzt handelt es sich nicht um Reichstreu und um die Einheit des Reiches, sondern darum, ob die Fanatiker des Einheitsstaates so viel Einfluß besitzen, der staatspolitischen Wirklichkeit in Deutschland ein Opfer zu bringen.

Wie unter diesen Umständen mit den Leuten, die ein derartiges Mandat in Berlin zu vertreten haben, verhandelt werden soll, ist nicht ausfindig. Die „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“ spricht mit Recht von einer Provokation des Reiches durch die Koalitionsbildung und schreibt: Es ist wahrscheinlich eine seltsame Befragung des bayerischen Verstandes, wenn man die Partei in die Regierung hineinruft, die bisher den Gedanken einer Verhinderung entschieden bekämpft hat. Wir sind nicht am Ende, sondern am Anfang des Konflikts.

Auch der Bauernbund rührt sich allmählich und will nicht mehr kritiklos der Landtagsfraktion Gefolgschaft leisten, die im Schlepptau der Deutschnationalen hängt. So schreibt das Wäpfer Organ des bayerischen Bauernbundes: „Es klingt wie ein Hohn. Im Moment, wo alles nach dem Schutze der Republik schreit, wird das bayerische Justizministerium Monarchisten ausgestellt. Das ist zum Lachen. Wir konstatieren, daß dieser Schritt der bayerischen Bauernfraktion ohne jede Fühlungnahme mit der Partei erfolgt ist.“

Selbstverständlich ziehen nun die illegalen, separatistischen und monarchistischen Organisationen, wie zum Beispiel der „Bund Oberland“, die Konsequenzen aus der verfahrenen Lage. In Schliersee fand kürzlich eine förmliche Präfektion der monarchistischen Putschisten statt, und es wurde das Gerücht ausgebreitet, die oberbayerischen Bergarbeiter aus Schliersee und Miesbach würden ausfallen. Die erste Gruppe Schliersee des Bundes „Oberland“ würde in den Hotels Wachen einrichten und die Zugangswege nach den Dörfern der oberbayerischen Bergarbeiter mit Posten besetzen.

In den Kreisen der Reichshilfswirkenden war man offenbar in den kritischen Tagen bereit, dem Reich unter Umständen auch mit Gewalt Widerstand zu bieten, wenn die bayerische Regierung sich auf den Boden der Reichsgesetze gestellt hätte.

Neuer Kurs in Polen?

Ministerpräsident Nowak und das Deutschtum.

Warschau 6. August.

Der zweite Vorsitzende der deutschen Sejmfraktion, Josef Spidemann (Lodz), und Abgeordneter Heise (Dirschau) wurden gestern vom Ministerpräsidenten Dr. Nowak empfangen. Während der eingehenden Besprechung der Rolle der deutschen Minderheiten Polens wurden namens der deutschen Sejm-Vertretung sechs Punkte aufgestellt, welche Ministerpräsident Nowak, als der oberste Vertreter der neuen Regierung, zur Kenntnis nahm. Ministerpräsident Nowak gab den Vertretern der deutschen Minderheiten völlig befriedigende Zusicherungen. Nach seiner Meinung werde die Politik der polnischen Nationalisten, wie sie beim Ausbau Polens bisher in verwerflicher Weise zutage trat, sich nicht auf die Dauer behaupten können. Er wolle alle seine Kräfte daransetzen, damit den deutschen Bürgern Polens eine wirkliche und vollständige Gleichberechtigung zuteil werde. Das neue Kabinett wolle nicht eher ruhen, bis ihm ein jeder Bürger dieses Staates mit Freude und herzlichster Bereitwilligkeit alle seine Kräfte zur Verfügung stellen werde und er Polen als sein wichtiges, von Herzen geliebtes Vaterland betrachte und behandeln würde. Die Unterredung nahm einen Verlauf, die die deutschen Abgeordneten voll befriedigte.

Ein Kriegsbuch Lloyd Georges.

L. London, 7. August.

Der politische Mitarbeiter der „Sunday Times“ bestätigt, daß Lloyd George im Begriffe ist, ein Buch zu schreiben über die diplomatische Geschichte des Weltkrieges. Der Premierminister hat bereits den Plan für das erste Kapitel fertig gestellt und man glaubt, daß die Veröffentlichung bereits im Frühjahr 1923 erfolgen wird. Das erste Kapitel beschäftigt sich hauptsächlich mit dem bekannten Kabinettsrat von Anfang August 1914, als dessen Ergebnis das Ultimatum an Deutschland geschickt wurde. Das Ganze aber wird sich ausschließlich mit der Kriegszeit befassen und eine Reihe von Berichten und Erinnerungen darstellen, nicht aber eigentliche Memorien. Es wird gleichzeitig in Groß-Britannien und in den Dominions erscheinen. Die erste Veröffentlichung wird in Zeitungsartikeln erfolgen und dann erst in Buchform in zwei Bänden.

Ein ehemaliger Volksbeauftragter als Hochkapler.

Der sogenannte Volksbeauftragte unter dem System Bela Kun in Ungarn, Goldschmidt, ist am Sonntag in Berlin wieder verhaftet worden. Goldschmidt war nach seiner Flucht aus Ungarn, die nach dem Zusammenbruch des Räteregimes erfolgte, als Hochkapler, Schickschwindler und Führer einer verwerflichen Schwindlerbande, deren Mitglieder hauptsächlich mit der Kriminalpolizei und dem Gericht zu tun hatten, verhaftet worden. Am 1. Juli gelang es Goldschmidt, aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis zu entfliehen. Daraufhin hat er seine Schwindlerbande fortgesetzt und von 500 Schickschwindlern ungefähr 450 bereits zu betrügerischen Zwecken wieder ausgegeben. Es wird angenommen, daß noch eine große Anzahl von jählicher Dollarhecks, die von ihm herrühren, in Berlin im Umlauf sind.

„Diktatur des Proletariats“.

Entlassung der russischen Arbeiter.

Mailand, 8. August.

Das Hauptergebnis der Zusammenkunft der kommunistischen Parteileitung in Moskau zur Vorbereitung des Kongresses ist nach dem „Corriere della Sera“ die Absicht, alle Arbeiter aus der Arbeiterbewegung zu entlassen. Auf Antrag dieses werden die Arbeiter in Moskau, die bisher in der Arbeiterbewegung tätig waren, entlassen. Die Arbeiter werden auf

die technische und verwaltungspolitische Entwicklung der Industrie und Gewerbebetriebe keinen Einfluß mehr ausüben können. Ebenso wird die Verpflichtung der Arbeiterkassen aufgehoben werden, den Gewerkschaften anzugehören. Alle Redner gaben übereinstimmend die Notlage der russischen Industrie zu. Radet und Sukolnikow sprachen über die Internationalen und erklärten, nach dem Winkeln der Konferenzen von Genoa und vom Haag sei man auf die eigene und innere Kraft angewiesen. Sukolnikow schloß: Wir müssen erst unser eigenes Haus reinigen.

Alwin Gerisch tot!

Alwin Gerisch ist tot. Er war einer von den Alten aus der Sturm- und Drangperiode der Sozialdemokratie. Bis zuletzt harrte er aus. Noch vor wenigen Tagen war er auf dem Bureau des Parteivorstandes. Nun ist er dahin. Dahin? Nur der sterbliche Rest, nicht das leuchtende Beispiel von Pflichterfüllung und Opfermut. Wer nicht viel von Alwin Gerisch weiß, der hat doch wohl manchmal da und dort seinen Namen gelesen. Warum? Weil Gerisch es war, der manches Parteiunternehmen, so manches Parteibüro und finanzierte. Als Metallarbeiter fing er an, für die Partei zu arbeiten und zu kämpfen zur Zeit der Verfolgung. Als Reichstagsabgeordneter seiner sächsischen Heimat kämpfte er mit beim parlamentarischen Aufstieg der Partei. 26 Jahre lang sorgte, rechnete, mühte er sich ab in der Parteileitung. In seinem Lebensabend stand er den Genossen in der Treptower Gemeindeverwaltung mit Rat und Tat bei.

Aber Alwin Gerisch war uns mehr als ein tüchtiger Abgeordneter und pflichtbewußter Beamter. Aus dem Erzgebirge stammend, wo er 1857 zu Rautenkranz geboren wurde, war es für ihn, wenn er zur Feder griff, natürlich und naheliegend, daß er seine Erzählungen und Geschichten in seiner Heimat spielen ließ. Wie oft erprenten wir uns an seinen literarischen Arbeiten „Erweckung“, „Der Gotteslästerer“, „Maria und Josef“ und andern in der „Neuen Welt“. Und die Lektüre seiner Erzählungen war für uns kein bloßer Zeitvertreib. Tausende von Genossen sprach Alwin Gerisch aus der Seele, denn Tausende hatten ja unter dem gleichen Joch der Armut und Unwissenheit gelitten. Aus allen seinen Erzählungen sprach der Geist der Alten, der Geist der Bebel, Vollmar, der so vielen erst die Kraft gab zum Ertragen jener unzähligen stillen Tragödien, aus denen die Sozialdemokratie so riesengroß hervordrang.

Änderung des Reichswahlgesetzes.

Ein Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes ist dem Reichsrat zugegangen. Der vorliegende Entwurf beschränkt sich in der Hauptsache darauf, nach den Erfahrungen, die bei den letzten Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag gemacht sind, einige Vorschriften wahltechnischer Natur abzuändern, die Verpflichtung zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit bei der Durchführung der Wahlen genauer zu regeln und den Erfolg der gemeindlichen Wahllosten zweckmäßiger zu gestalten. Außerdem aber ändert er die Wahlkreiseinteilung in einer Reihe von Fällen ab, indem er einige übergroße Wahlkreise (Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Hessen-Nassau und Bayern) im Einverständnis mit den beteiligten Ländern so verkleinert, daß auf jeden durchschnittlich 1,5 Millionen Einwohner treffen.

Eine Ausnahme ergibt sich für Berlin, das mit Rücksicht auf die Bildung von „Groß-Berlin“ mit seinen vereinigten früheren Bezirken zusammen den neuen 2. Wahlkreis bildet, der die jetzige „Stadtgemeinde Berlin“ mit 8 003 770 Einwohnern umfaßt und aus einem eigenen Wahlkreisverband bildet. Die nach der Fortnahme der früheren Berliner Bezirke übrig bleibenden Teile der früheren Wahlkreise „Potsdam I“ und „Potsdam II“ werden zu einem Wahlkreis „Potsdam“ zusammengefaßt, der mit dem unverändert bleibenden Wahlkreis Frankfurt a. d. O. den Wahlkreisverband Brandenburg bildet.

Der dem Reichsrat zugehende Teil Ober-Sachsens bildet einen eigenen Wahlkreis, der mit den nieder-sächsischen Wahlkreisen einen Wahlkreisverband bilden. Sachsen ist in Zukunft in die drei mit den gleichnamigen Kreisoberhauptmannschaften zusammenfallenden Wahlkreise Dresden-Sachsen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau geteilt, die zusammen den Wahlkreisverband Sachsen bilden.

Verleumdung der Wohlfahrtsarbeit.

Otto Ernst beschmüht das eigene Recht.

Hamburg, 8. August.

Bei einem Essen von Deutsch-Amerikanern in einer Hamburger Weinlokalität stellte der zur radikal-antidemokratischen Seite der Deutsch-Amerikaner gehörende Dichter Otto Ernst die ungläubliche Behauptung auf, daß von den 800 000 Mk., die von Deutsch-Amerikanern dem Kreise Hinnerberg für Wohlfahrtszwecke überwiesen wurden, 600 000 Mk. für Verwaltungszwecke drausgegangen seien. Nur 200 000 Mk. wären im Sinne der Spender verwendet worden. Daran könne man erkennen, wie es heute in Deutschland zugehe. Die Deutsch-Amerikaner möchten das doch nach ihrer Rückkehr in Amerika erzählen und verhindern, daß noch weitere Gelder in Amerika für Deutschland gesammelt würden! Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist vor den Behauptungen des Otto Ernst nichts wahr; sie sind eine leuchtendste Verleumdung und eine gewissenlose Schmähung der deutschen Wohlfahrtsarbeit. Hoffentlich halten die geschmähten Institutionen die Beschimpfung in ihrer Auswirkung auf Amerika für bedenklich genug, um dagegen entsprechende Stellung zu nehmen. Sie haben alle Ursache dazu, ihre Wohlfahrtsarbeit gegen derartige schandvolle Vorwürfe zu schützen.

400 Millionen Pfund argentinisches Fleisch für Deutschland.

Berlin, 9. August.

In kürzester Zeit wird sich ein Vertreter der Fleischhandelsvereinigungen nach Argentinien begeben, um die Schlachtabhandlungen an Ort und Stelle zu führen für die Einfuhr argentinischen Fleisches nach Deutschland. In Aussicht genommen ist vorläufig ein Rindfleischimport von 100 000 Tonnen lebendem Vieh und 100 000 Tonnen Geflügelfleisch, die auf deutschen Schiffen verpackt werden sollen. Für die Zahlungen sind jedoch Darlehenszinsen, als auch Zinsentreibungen und Konfigurationszuschüsse in Aussicht genommen. Nach Ansicht der Fleischhandelsvereinigungen wird es möglich sein, das argentinische Fleisch jeweils um ein Drittel billiger als das deutsche Fleisch zu liefern.

Der Rathenau-Mordprozess.

SPD. Berlin, 8. August. (Draht.)

Die Voruntersuchung in der Mordsache Rathenau wird am Donnerstag abgeschlossen werden. Die Hauptverhandlung ist demnach für Mitte September zu erwarten. Die Ernennung der drei beamteten Mitglieder des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist erfolgt. Die Ernennung der 6 Richter soll ebenfalls noch in dieser Woche erfolgen. Der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gebildete Staatsgerichtshof tritt nicht zusammen, da an seiner Stelle der auf Grund des Gesetzes gebildete Staatsgerichtshof bereits die erste Verhandlung führen wird.

Neues preussisches Beamtenrecht.

Berlin, 9. August.

Der Staatskommissar für Vorbereitung der Verwaltungsreform Dr. Drens ist damit beschäftigt, ein allgemeines Beamtenrecht zu entwerfen. Teile dieses Entwurfs liegen bereits dem Staatsministerium vor, namentlich über Disziplinarrecht. Eine Vorbesprechung mit den Spitzenorganen der Beamtenministerien und die Reichsminister des Innern und der Justiz werden kommissarisch vertreten sein.

Erhöhung der Kaltpreise um 30 Prozent.

Berlin, 9. August.

In der am 8. August unter dem Vorsitz des Herrn Justizrats Dr. Kemper abgehaltenen Vollversammlung des Reichsalltags wurde in der Hauptsache auf Antrag des Deutschen Kaltpreiskomitees G. m. b. H. die Erhöhung der Inlandshöchstpreise erörtert. Dieser Antrag, welcher mit Wirkung vom 9. August eine durchschnittliche Preiserhöhung von 30 Prozent bei den Kaltpreisen und Kaltpreiszulagen vorseht, wurde gegen vier Stimmen der Landwirtschaft angenommen. Ferner wurden zu den in der Bekanntmachung des Reichsalltags vom 19. Juli festgesetzten Inlandshöchstpreisen Preiszuschläge festgelegt. Von dieser Preiserhöhung sollen aber ausgeschlossen sein alle bis zum 19. Juli beim Deutschen Kaltpreiskomitee G. m. b. H. eingegangenen Aufträge der inländischen Landwirtschaft und Industrie, welche noch zu den alten Preisen ausgeführt werden sollen.

Drohender Konflikt in der Berliner Metallindustrie.

II. Berlin, 9. August.

In der Berliner Metallindustrie droht plötzlich ein neuer allgemeiner Konflikt zu entstehen. Die Berliner Metallarbeiter haben in einer am Montag vorgenommenen Abstimmung die zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen über die neue Lohnregelung mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Verband der Berliner Metallindustriellen wird heute zu der durch die Abstimmung geschaffene neue Lage Stellung nehmen.

Zeitungsverbote.

SPD. Magdeburg, 8. August (Eig. Draht.)

Der Oberpräsident von Provinz Sachsen, Genosse Hörsing, hat die „Mitteldeutsche Presse“ und das „Stäffurter Tageblatt“ auf 10 Tage verboten. Die beiden Blätter brachten einen Artikel über den Mord an Rathenau, in dem sie das Verbrechen ausdrücklich billigten.

Wulle und Graefe bleiben Deutschnational?

Kürzlich wurde gemeldet, einflussreiche Leute im Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei hätten mit den Abg. Wulle und Graefe verhandelt, um sie zu veranlassen bei der Partei zu bleiben. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt nunmehr, daß nach Mitteilungen unterrichteter Kreise innerhalb der Deutschnationalen Partei solche Verhandlungen niemals stattgefunden haben. Die Parteileitung werde ungeachtet des Verhaltens der beiden Angeordneten und „der schweren Angriffe“ des Wulle-Blattes nichts tun, um den Herrn Wulle und Graefe ihre Entschlüsse zu erleichtern. Erschweren wird man sie sicher auch nicht und am Ende ist die ganze Deutschnationale Partei froh, wenn die Deutschvölkischen Heiden nicht schmalen abwärts stehen, sondern sich wieder auf die Bank zu Herrn Helfferich setzen.

Ein „vorschriftsmäßiger“ Beamter.

In der „Münchener Post“ wird folgender Fall mitgeteilt: Bei der Reichspolizeibehörde in Oberbayern ist ein Beamter beschäftigt der wegen seiner vorübergehenden Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie auf befristete Anweisung hin beschäftigt wurde. Das Ergebnis der Befristung ist folgendes:

„Er pflegt wenig Verkehr, liest fast gar nichts, hält keine Zeitungen, geht in keine Versammlungen, beteiligt sich im Wirtshaus nicht an politischen Gesprächen, schreibt und empfängt fast keine Briefe und macht sich keine Ausflüge in größere Städte.“

Womit nicht nur der „Schutz der Republik“, so wie ihn Bayern versteht, gewährleistet ist, sondern auch der Sozialtypus gekennzeichnet wird, wie er schon im kaiserlichen Deutschland mustergültig war.

Börse.

An der Berliner Dienstagsbörse verhielt sich die Devisenpekulation in Hinblick auf die unklare Lage in London ruhig abwartend. Es fanden nur außerordentlich geringe Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln statt. Amlich notierten: Kabel New York 763, London 3405, Holland 29 600. Am Eschottmarkt herrschte bei Beginn der Börse ebenfalls allgemeine Unruhe. Im weiteren Verlauf entwickelte sich jedoch am Montanmarkt eine stürmische Haufe, in deren Mittelpunkt Rheinisch, Sächsisch, Phönix, Köln, Neu-Essen, Rheinische Braunkohle und andere weitverbreitete Papiere standen. Ueber die Ursache besteht keine volle Klarheit. Nach einer Version handelt es sich um eine große neue Konzentrationsbewegung der deutschen Montanindustrie. Außer den Montanaktien zeigten auch die Maschinenbauaktien sehr feste Tendenz. An den übrigen Märkten blieb das Geschäft jedoch verhältnismäßig ruhig.

„Deutsche Könige“.

Berlin, 7. August.

Wer die deutsche Geschichte nur aus der alten (vorangehenden) Schule kennt, der weiß es nicht anders, als daß die deutsche Einheit und der Zusammenschluß Deutschlands einzig und allein den deutschen Fürsten zu verdanken ist. Bismarck verstand es sehr geschickt bei der Reichsgründung diesen Schein zu wahren, weil er erkannte, daß der monarchistische Gedanke in Deutschland durch nichts mehr gestärkt werden würde als durch den Glauben, daß die deutschen Fürsten, vor allem die Hohenzollern, die Einigung Deutschlands herbeigeführt hätten. In Wirklichkeit haben sich die Hohenzollern in den Kämpfen um den Zusammenschluß des deutschen Reiches im 19. Jahrhundert mit aller Macht gegen die Einigung gestemmt. Unter der Führung der Hohenzollern ist es ja auch schließlich dahin gekommen, daß große Teile des deutschen Gebietes bei dem Zusammenschluß außerhalb Deutschlands blieben, daß der großdeutsche Gedanke bis heute nur ein Traum bleiben konnte. Wie die Hohenzollern haben auch die Wittelsbacher von jeher der Einigung im Wege gestanden. Und wie jene bilden die Wittelsbacher heute noch die größte Gefahr für die deutsche Einheit. Der Hochverratsprozeß gegen den bayerischen Freiherrn Leopold von Bayern hat gezeigt, daß die Franzosen heute noch damit rechnen, den bayerischen Monarchismus als Sturmblock gegen die deutsche Einheit benutzen zu können. Diese Bemühungen der Franzosen um Bayern werden uns erst recht verständlich, wenn wir wissen, daß die Wittelsbacher seit Jahrhunderten — sei es gegen Oesterreich, sei es gegen Preußen — mit den Franzosen zusammen gegangen sind.

Bereits 1669 verkaufte der Kurfürst Ferdinand Maria ein Regiment bayerischer Landeskinder an Frankreich. Sein Sohn Max Emanuel erhielt von dem französischen König Ludwig XIV. reiche Subsidien (Hilfsgelder) und die Hochzeit seiner Schwester mit dem französischen Kronprinzen, die 1680 in München gefeiert wurde, hatte den Zweck, das französisch-bayerische Band noch fester zu knüpfen. Durch seine französische Mutter und seinen französischen Erzieher wurde die Vorliebe für Frankreich schon früh in Max Emanuel gepflanzt. Und später wußten die Franzosen „seine schwächste Seite“ (die Weiber) für ihre Zwecke trefflich auszunutzen. Zuletzt lag er in den Ketten einer Brüsseler Tänzerin, die sich auch zugleich von Ludwig XVI. bezahlen ließ und ihm alle Geheimnisse verriet, die der Kurfürst leichtsinnig ausschwaigte.

Die französischen Retorsionen.

EBD. Berlin, 7. August.

Im Reichskabinett wurden heute nachmittags die von der französischen Regierung beschlossenen Retorsionsmaßnahmen besprochen.

Wie wir von wohlinformierter Seite hören, kommen für die Beurteilung folgende Gesichtspunkte in Betracht:

Nach dem Punkt 1 der französischen Note haben die Ausgleichsamter in Paris und Straßburg Weisung erhalten, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben. Dies widerspricht nicht nur dem Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebauten Clearingsystems, sondern auch der positiven Bestimmung des § 5 der Anlage zu Artikel 296, in dem vorgesehen ist, daß das Schuldneramt dem Gläubigeramt binnen angemessener Frist die anerkannten Forderungen bekanntzugeben hat. Unter der angemessenen Frist kann nach dem Sinn dieser Bestimmung nur solche verstanden werden, wie sie von den Ausgleichsamtern selbst infolge des Geschäftsganges für notwendig erachtet wird.

Zu dem Punkt 2 der französischen Note ist folgendes zu sagen: In einem Abkommen vom August bis September 1921 hat sich Frankreich verpflichtet, diejenigen Entschädigungsbeträge, die Deutschland auf Grund des Artikels 297 zu tragen hat, an die französischen Staatsangehörigen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu zahlen. Die Einstellung der Zahlung dieser Entschädigungen, die die französische Regierung nun angekündigt, bedeutet einen Bruch dieses Abkommens. Die Verpflichtung der deutschen Regierung zur Barzahlung auf diese Entschädigungen erschöpft sich nach dem Abkommen in der Leistung derjenigen Beträge, zu deren Deckung die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums nicht ausreichen.

Nach Punkt 3 der französischen Note haben die französischen Ausgleichsamter die Anweisung erhalten, bis auf weiteres dem deutschen Ausgleichsamter die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich nicht mehr bekanntzugeben. Nach Artikel 297 hat aber Frankreich die Liquidationserlöse dem deutschen Ausgleichsamter aufzuschreiben. Zur Ergänzung dieser Bestimmungen ist im April 1921 zwischen Deutschland und Frankreich ein Abkommen abgeschlossen worden. Danach soll das französische Ausgleichsamter binnen 15 Tagen, nachdem der Betrag ihm überwiesen ist, spätestens binnen drei Monaten nach dem die Liquidation bestätigenden Urteile dem deutschen Ausgleichsamter die Gültigkeit mitteilen. Wenn also in Zukunft das französische Ausgleichsamter die Liquidationserlöse überhaupt nicht mehr mitteilen soll, so liegt auch hier eine glatte Verletzung bindender Verpflichtungen vor.

Das Verbot der weiteren Möbelausfuhr aus Elsaß-Lothringen, das in Punkt 4 der französischen Note mitgeteilt wird, bedeutet einen Bruch des Baden-Badener Abkommens vom 15. November 1919. Es handelt sich hier um Möbel und Kleidungsstücke vertriebener Deutscher, deren Freigabe von Frankreich in einem förmlichen schriftlichen Vertrage zugesagt worden ist. Die Zahlung von 25 Millionen Franken, die Deutschland in diesem Vertrage übernommen hat, ist bereits vor längerer Zeit erfolgt.

Bemerkenswert ist auch, daß der französische Generalkommissar in Straßburg schon am 19. Juli dieses Jahres im Zusammenhange mit dem deutschen Stundungsgebot die Einstellung des Abtransportes angeordnet hat, das heißt zu einer Zeit, als der weitere Verlauf der Angelegenheit noch ganz offen war. Schließlich werden nach Sicherungsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen in Aussicht gestellt, aber nicht näher bezeichnet. Was die französische Regierung durch diese Andeutungen ankündigen will, ist nicht bekannt.

Erhöhung der Militärrenten.

EBD. Durch das Gesetz über Teuerungsmassnahmen für die Militärrentner vom 21. Juli ds. Js., das an die Stelle der bisherigen Verwaltungsordnungen des Reichsarbeitsministeriums tritt, sind die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte, Kriegswitwen, Kriegswaisen und Altrentner mit Wirkung vom 1. August ds. Js. wesentlich erhöht worden. Sie betragen monatlich für einen Schwerbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 500 Mk., für einen Schwerbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. 200 Mk., für eine erwerbsfähige Witwe 500 Mk., für eine vater-

losere Witwe 250 Mk., für eine elternlose Witwe oder einen Elternteil 300 Mk., für ein Elternpaar 500 Mk. Empfänger eines Hebergangsgeldes oder eines Hausgeldes und Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe erhalten 450 Mk., Schwerbeschädigte und Haus- und Hofempfänger wird, wenn sie für Kinder sorgen, für jedes Kind ein Zuschuß von 200 Mk. gewährt. Bei Ueberbreitung der im Gesetz vorgesehenen Einkommensgrenze, die nach 1. Oktober des einem Versorgungsberechtigten zuzurechnenden Teuerungszuschusses zu berechnen ist, wird der Teuerungszuschuß nur zum halben Betrage gewährt, bei einem Einkommen, welches das 2½fache dieser Sätze erreicht, kommt der Teuerungszuschuß in Wegfall. In den Ortsklassen B und C verringern sich diese Einkommensgrenzen um 10, in den Ortsklassen D und E um 20 v. H. Schwerbeschädigte, die nur auf die Rente angewiesen sind und nachweislich einen Erwerb ausüben nicht imstande sind, erhalten 1000 Mk., erwerbsunfähige Witwen unter den gleichen Voraussetzungen 700 Mk. Härten, die sich beim Uebersteigen einer Einkommensgrenze daraus ergeben, daß die Einkommensmehrung geringer ist als der in Wegfall kommende halbe Teuerungszuschuß, werden ausgeglichen. Auch Leichtbeschädigte und erwerbsfähige Witwen sollen die Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigenen Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgestelle eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht aufnehmen können. Die Teuerungszuschüsse werden durch die Fürsorgestelle ausbezahlt. Die Erhöhung der Teuerungszulage nach § 87 A. B. G. — für das Sterbegeld auf 200 v. H., für die Pflegezulage und für die den Blinden zuzurechnenden Unterhaltungslohn für den Führerhund auf 235 v. H. — haben die Versorgungsämter anzuwenden.

Um die freie Arztwahl.

Zum Thema „Freie Arztwahl“ schreibt uns der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden u. a.:

Von den Kassenvorständen wegen der ungünstigen Wirkungen auf die Kassenfinanzen meist abgelehnt, wurde die freie Arztwahl von den Ärzten propagiert mit dem Hinweis darauf, daß jedem Kranken die Möglichkeit gegeben werden müsse, den Arzt seines Vertrauens aufzusuchen. In Wirklichkeit aber verlangen die Ärzte die freie Arztwahl nur für die Mitglieder ihrer Organisation. Wer sich dieser aus irgendwelchen Gründen nicht angeschlossen hat, darf von Kassemitgliedern nicht in Anspruch genommen werden, sei er als Arzt auch noch so tüchtig. Interessant ist in diesem Zusammenhang das „Berliner Ärzte-Korrespondenz“, der schon 1919 schrieb: „Es glaubt uns wirklich kein Mensch mehr, wenn wir behaupten, um des Wohles der Kranken willen wollen wir die freie Arztwahl haben und jedem Kranken den Arzt seines Vertrauens zur Verfügung stellen. Gewiß, wir wollen auch das, weil es vom idealen Standpunkt aus zu begrüßen und unsern Wünschen nicht zuwider ist. In erster Linie aber wollen wir die freie Arztwahl um unserer selbst willen.“

Die Kassemitglieder aber verlangen eine freie Arztwahl um der Kranken und nicht um der Ärzte willen. Deshalb jort mit den jetzigen Zuständen und her mit der wirklich freien Arztwahl! Sind die Ärzteorganisationen damit nicht einverstanden, dann die Krankenkassen freigegeben von diesem Zwang! Mögen sie ihren Mitgliedern die Auslagen für die ärztliche Behandlung erstatten, aber es ihnen selbst überlassen zu wählen, von wem sie behandelt werden wollen. Und jort auch mit den Gesetzen, die solchen Forderungen entgegenstehen. Die Beiträge der Kassemitglieder sollen der Volksgesundheit zu Gute kommen. Sie sind nicht dazu da, um lediglich das Wohl eines einzelnen Standes zu fördern.

„Fredericus Rex“.

EBD. Der Streit um den „Fredericus-Rex“-Film kommt nicht zur Ruhe. Die Regierung von Schaumburg-Lippe, die wie so manche andere Landesregierung gegen die Aufführung dieses Filmes ist, stützt ihr Verbot auf die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik. Der Streit wird also vor dem Staatsgerichtshof kommen.

Wir halten im politischen Kampf die positiven Methoden für wirkungsvoller als die negativen. Auf einen Schelm andert-

holbe! Wo sind die Filme der Republikaner? Kann man die fredericianische Kultur nicht auch mit den Augen Lejnings anschauen, der von der fredericianischen Kultur nichtsweniger wie erbaut war? Es würde auch schon genügen ein paar Kulturkinder von Chodowicki in eine Filmbilderfolge aufzulösen. Man könnte da die entsetzlichen Soldatenmishandlungen, Spießrutenlaufen und das Auspeitschen vor armen Teufeln beobachten. Aber das Geld, das zur Herstellung eines Filmes notwendig ist, haben die Reaktionäre und nicht die Republikaner, die ja in der Hauptsache nur aus Arbeitern bestehen. Also bleibt nichts übrig zur Abwehr als das negative Mittel des Verbots. Baden, Lippe, Thüringen und Lippe wollen den Film zur Propaganda für den Monarchismus nicht sehen. Ihre Beschwerden sind noch unterwegs. Die Filmoberprüfungsstelle in Berlin jagt zu den Beschwerden: wo keine Krawalle zu befürchten sind, kann der Film gespielt werden, wo Krawalle zu befürchten sind, soll die Polizei nach dem Rechten sehen. Der Film sei viele hundertmal in Deutschland gespielt worden — ohne Krawalle, also sei eigentlich nichts gegen ihn zu sagen.

Wir sind überzeugt, daß der Film in Bayern in München, ohne Krawall gespielt werden kann. Allein man darf nicht übersehen, daß der Film auch in Berlin, auch im Berliner Westen viel böses Blut gemacht hat. Der Groll, der nach innen geht und sich nicht rasch Luft macht, ist noch viel gefährlicher als vorübergehende Krawalle. Er verstärkt die Spannung und die — spätere Explosion.

Die deutschen Bankguthaben im Elsaß in Sicherheit.

Straßburg, 8. August.

Zur Beibehaltung der deutschen Bankguthaben im Elsaß teilen die Straßburger Bankbesitzer mit, daß seit einigen Wochen bedeutende deutsche Guthaben nach der Schweiz geleitet worden seien, so daß das Vermögen der Deutschen bis auf einen geringen Prozentsatz nach der Schweiz abgeführt worden sei.

Volkswirtschaft.

Der Arbeitsmarkt Ende Juni.

Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Ziffern kamen bei den deutschen Arbeiter-Verbänden Ende Juni d. J. auf je 100 Mitglieder durchschnittlich 0,6 Arbeitslose gegen 3,0 im entsprechenden Monat des Vorjahres und 4,0 im Juni 1920. Selbst die Hochkonjunkturjahre der Vorkriegszeit weisen keine derartige günstigen Ziffern auf. Während bei den männlichen Mitgliedern die Arbeitslosigkeit noch immer starke Rückgänge aufweist, zeigt sich bei den weiblichen eine geringe Zunahme trotz vermehrter Arbeitsgelegenheit. Die wachsende Teuerung zwingt eben immer mehr Frauen und Mädchen zu beruflicher Tätigkeit. Das starke Nachlassen der Arbeitslosigkeit ergibt sich aus nachstehender tabellarischer Uebersicht:

	Unterstützte Vollerwerbslose		
	männliche	weibliche	zusammen
1. Juli 1920	240 812	82 111	322 923
1. Juli 1921	244 067	70 408	314 475
1. Juli 1922	13 950	5 914	19 864

Nach den bisher vorliegenden Berichten der Landesarbeitsämter ist im Laufe des Monats Juli die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen weiter kräftig zurückgegangen, sie dürfte augenblicklich kaum mehr als 15 000 betragen.

Margarinepreise.

Nach einer neuerlichen Erhebung der Margarinepreise stellt sich das Pfund billigster Margarine jetzt auf 90 Mark.

Wiedermärkte.

Hamburg, 9. August.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppellender 3200—5400 M., feinste Mastlälber 4800—5000 M., mittlere Mastlälber 8800—4800 M., geringere Rälber 2400—3600 M., nüchtern Rälber 3100—8200 M. Zufuhr: 1415 Rälber.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Weiße Fetteschweine über 250 Pf. 7900—8000 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pf. 7600—7800 Mk., gute leichte Ware von 180—220 Pf. 7200—7400 Mk., geringere Ware 6600—7000 Mk., beste Sauen 7600—7800 Mk., geringere Sauen 7200—7600 Mk. Zufuhr: 2625 Schweine. Der Handel mit schweren Schweinen war flott, mit leichter Ware mäßig. Mit Rälbern war das Geschäft flott, beste Ware wurde über Notiz bezahlt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 9. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		8. August.	7. August.
Amsterdam	100 fl.	29565.—	30262.20
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	5847.65	5877.70
Kristiania	100 Kr.	13058.65	13893.30
Kopenhagen	100 Kr.	16329.55	16605.20
Stockholm	100 Kr.	19875.10	20074.85
Helsingfors	100 finn. Mk.	1609.95	1624.95
Rom	100 Lire	3475.65	3440.65
London	1 £	2400.70	2415.70
New York	1 Doll.	762.04	751.55
Paris	100 Frs.	6182.25	6117.37
Zürich	100 Frs.	14491.90	14182.25
Madrid	100 Pesetas	11785.80	11460.65
Wien	100 K.	1.45 1/2	1.58
Prag	100 K.	1875.65	1872.65
Budapest	100 K.	48.43	43.94

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 8. August: D. Robert Bornhöfen II von Fayo in 1 Tg., Seelicht, Mag von Fayo in 1 Tg., Seelicht, Folkstorf von Fayo in 1 Tg., D. Reontis von Harbo in 1 Tg., D. Arthur Lehman von Stockholm in 10 Std., D. Albatros von Flensburg in 4 Tg., D. Poseidon von Helsingfors in 3 Tg. 9. August: S. Gamon von Galmstad in 2 Tg., D. Lübeck von Gothenburg in 14 Std., S. Johanna von Steven in 1 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gemeinwesen August Schulz; für Anzeigen Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

III. Nachtrag zu der Verordnung, **das Dienstmannwesen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten betreffend, vom 5. April 1887.**

In dem Polizei-Reglement für das Dienstmannwesen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten vom 5. April 1887 erhält der § 11 folgende Fassung:

§ 11. Lohnweiser.

Das von den Dienstmännern für ihre Dienstleistungen geforderte Entgelt darf die nachstehenden Sätze nicht überschreiten:

I. Für einen einzelnen Gang	ohne Gepäck	mit Gepäck	bis zu kg
A) innerhalb der ehemaligen Stadtmauer	12	12	20 50 80 100
B) in die Vorstadt St. Gertrud:			
1. bis an die Straßfähr	12	12	24 30 36
2. bis an die Fahnstraße oder den Wiesenweg	24	24	30 42 54
3. bis an den Torneiweg oder bis Markt	30	30	36 48 60
C) in die Vorstadt St. Lorenz:			
1. bis an die Dornestraße, die Schwart, Allee oder den St. Lorenz-Kirchhof	24	24	30 42 54
2. bis an die Lachsweg, den roten Löwen, die Karlstraße oder bis Kumpelsdorf	30	30	36 48 60
D) in die Vorstadt St. Jürgen:			
1. bis an das Ende der Straße Am Brink, An der Falkenwiese oder der auf die Außenwände mündenden Straßen, bis an das alte Irrenhaus oder die Geniner Straße	24	24	30 42 54
2. bis an die Kahlhorststraße oder den alten Eisenbahndamm in der Geniner Straße	30	30	36 48 60

Bemerkung: Die Vergütung für die Beförderungsmittel des Gepäcks ist in die obigen Sätze einbezogen.

II. Bei Arbeiten auf Zeit.

Für eine Stunde	Für einen halben Tag, 4 Arbeitsst.	Für einen ganzen Tag, 8 Arbeitsst.
25 M.	110 M.	200 M.
35 M.	150 M.	240 M.

ohne Gerät
mit Gerät
Bei sogen. schmutziger Arbeit, als Dorfarbeiten, Kohlentragen, Kornschnittchen, Deckenreinigung und dgl. erhöht sich der Satz um

7 M. 25 M. 50 M.

III. Austragen von Rechnungen, Flugblättern, Zeiteln und dergl. innerhalb der ehemaligen Stadtmauer.

Bis zu 100 Stk. 90 M., für je angefangene 50 Stk. mehr . . . 24 M.

IV. Botengänge.

Jeder die unter I benannten äußeren Punkte der Vorstädte hinaus, einschließlich 10 kg Gepäcks:

für jeden angefangenen km der Entfernung 12 M.
Bei größerem Gepäcks sind für jede fernere 10 kg 6 M. zu vergüten.
Bemerkung zu I, II. und IV.:
Vor 7 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends darf die Säge der vorstehenden Sätze nicht gefordert werden.
Lübeck, den 8. August 1922. Das Polizeiamt.

Stadtbrief.

Gegen den unten beschriebenen Arbeiter Johannes Martin Georg Fric, geb. am 18. April 1903 in Lübeck, welcher aus der Strafanstalt Lauenhof entwichen ist, soll eine durch polizeibehördliches Urteil des Schöffengerichts zu Lübeck vom 18. Juni 1922 erkannte Gefängnisstrafe von sechs bis acht Wochen vollstreckt werden. Es wird ersucht, ihn zu verhaften und in der Strafanstalt Lauenhof abzuliefern. (5389)
Lübeck, den 4. Aug. 1922.
Die Staatsanwaltschaft.

Schönheit
keine Sommerprossen
nur durch
DOERING'S EULEN-SEIFE
Doering'sche Seife
Frankfurt a. M.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.
Nachruf.
Am 6. ds. Mts. starb unser treuer Kollege, der Leinwandarbeiter (5402)
August Kruse
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 10. d. Mts. nachmittags 1 1/2 Uhr auf d. Borwitzer Friedhof statt. Sammelplatz der Kollegen daselbst 1 1/2 Uhr.
E. Krawinkel.

Günstiges Angebot kleiner westfälischer Hartkoks
für kleine Öfen und Herde. (5391)
Robert Gerdtz
Königsstr. 81,
Fernsprecher 9023.

Ein Mädchen
Gesucht zum 1. Sept. oder später ein tüchtiges Mädchen, das kochen kann, Waschen und Hilfe wird gehalten. (5375)
Frau Schwartzkopf, Parkstraße 30 L.

Friedr. Luckmann
Wir werden Ihnen ein schönes Andenken bewahren.
Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft

Dr. med. Gagzow
Institut f. Massage
Sprechstunden von 11 1/2—1 Uhr
Sandstr. 15
ist jetzt auch für die Ortskrankenkasse tätig. Alle Massagen, Nervenmassage. (5407)

Leder Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (5377)

Geschäfte gesunde feste **Steinpilze, Wiesenschampignons u. Pfefferlinge** taugt (5395)
Paul Lohrmann
Sundstraße 95.

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7,
Telephon 1253.
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, z. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigbehandelt. (5393)

+Magerteit+
Schöne volle Körperformen durch unser **„Kaps“ Kraftpulver** in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anm. Mk. 30.— Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Os. Mengstr. 10. (5351)

Steppdecken
Anfertigung, Aufarbeiten u. Neubeziehungen. Speikmann, Breite Str. 31

Schildstraße 5
zahlt bedeutend höhere Preise als jede annoncierende Konkurrenz für
Kampfen, Metalle, Eisen, Zeitungen, Flaschen, Knochen, Krollhaare.
Jeder Kasten wird abgeholt. (5398)
Schildstraße 5

Einziges Angebot kleiner westfälischer Hartkoks
für kleine Öfen und Herde. (5391)
Robert Gerdtz
Königsstr. 81,
Fernsprecher 9023.

Monatelang
lassen Sie auf **Leder- und Gummischuhen und Absätzen** der (14172a)
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
50 Hüxstraße 50
Robert Jentzen,
Leder- und Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Fernsprecher 2573.

Sozialdemokr. Verein 11. Distrikt. (5396)
Donnerstag, den 10. August abends 7 1/2 Uhr
Distriktsmitglieder-Versammlung
im Lokale „Luisenlust“, Eichenburgstraße.
Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Not. Redner: Gen. John.
2. Aussprache.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Distriktsführer. (Reincke).

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (5403)
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung Hafenarbeiter
am Donnerstag, d. 10. August abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen.
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.
Die Ortsverwaltung.

Beste Preise für **Gold, Silber, Platin, Double** (Bruch und Gegenstände)
Brillanten zählt (5384)
Goldschmied
Carl Michaelson,
Mühlentstraße 3 (am Ringenberg).

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Freitag, 11. August, abds. 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus:
Verfassungsfeier
unter Mitwirkung des Chorvereins.
Ansprache des Gen. P. Löwigt.
Hierauf:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Der Parteitag in Lugsburg. Redner: Gen. H. Wolfradt.
2. Aussprache.
3. Beitragshöhung.
4. Wahl der Delegierten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
5390) **Der Vorstand.**
 Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Mitte Oktober findet für den Bezirk Hamburg, zu welchem auch unsere Verwaltungsstelle gehört, ein **Bildungskursus** statt. Die näheren Bedingungen sind in Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht.
Mitglieder, die hieran teilnehmen wollen, haben ihre Bewerbung spätestens bis zum 18. August in unserem Bureau, Johannisstraße 48 L. einzureichen. (5404)
Die Ortsverwaltung.

Stadthallen-Garten Weiber Saal
Heute Mittwoch, den 9. August ab 4 1/2 Uhr nachmittags
Gr. Gartenkonzert
der Hamburger Künstler-Vereinigung (Direktion: A. Martens).
Abends:
Erster Bunter Abend mit Reunion
unter Mitwirkung von
Reinhold Wolff, Humorist,
Hilde Möbius, Operetten-Soubrette,
Betty Krüger, Ballettmeisterin,
Moritz Hartmann, Bariton.
5408) **Carl Manschen.**

Adlershorst. Jeden Donnerstag: **BALL.**
Brillanten, Perlen
ganze Lager sowie auch lose Ware
kauft zum Riesen-Auslandskurs (5382)
Frick, Pfaffenstr. 2, 1. Etage

Möllers billige Fleischquelle, Hüxstr. 83-85
Frisch. Rindfleisch 50.— Frisch. Gehack. 40.—
Frisch. Hammelf. 60.— Frisch. Gulasch 70.—
Fr. Schweinef. 70.— Fr. Karbonade 80.—
Frische Leber, Guter, Herz u. Lunge. (5406)
Kaufe Küder, Schweine, Schafe. Tel. 8544.

Alt-Eisen, alte Maschinen
Auf- u. Schmiedeeisen, Spänes, Schmeltz-Gussbruch.
Alt-Metalle,
Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniol, Späne
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Abfragequelle für Händler, Klempner, Schmiede.
Fabrikationsbetriebe.
L. Lissianski, Lübeck,
Großhandl. Fernspr. 876. Kleinhandel. (5378)

Ein größerer Posten **hochfeiner, fetter, pilanter Streichkäse**
ab Lager Alffstraße 30 (Keller) zu 35.— M. per Pfund
Verkauf von 9—12 u. 2—3 Uhr, Verpackung mitbringen. (5409)

S. P. D. Schlutup. (5386)
Wichtige **Mitglieder-Versammlung**
am Donnerstag, d. 10. August abends 8 Uhr.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Leber.
2. Wahl des Delegierten zum Parteitag.
3. Bericht vom Vorstand und Ausschuß.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
s. G. m. b. H.
Außerordentliche **General-Versammlung**
am Mittwoch, dem 16. August abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Beratung der Grundstücke Johannisstraße 46/52.
5400) **Der Vorstand.**

Adlershorst
Anfang 8.30 Uhr.
Der glänzende **August-Spielplan.**

Trocadero.
Schüsselbuden 4.
Wiener Süß und Seben.
Beginn 8 1/2 Uhr. (5385)

Hansatheater.
Heute Mittwoch und folgende Tage 8 Uhr: (5392)
Der große Erfolg von Doni vln Rifoufahn
Operette in 1 Vorspiel u. 3 Akten von Walter Kollo mit den Sängern: Grete Grewil, Ella Loeb, Willy Schenk, Adolf Trimbarn.

Stadttheater Lübeck
Donnerst., 10. Aug. 7.30 U.
Ab. A. Was ihr wollt. Lustsp. v. Shakespeare.
Freitag, 11. Aug. 7 Uhr.
Festvorstell. zur Verfassungsfeier bei festlich erleuchtetem Hause: **Fiesco**, vorher Overtüre zu **Jordian** von L. v. Beethoven. Ab. A.
Sonntag, 12. August, 7.30 Uhr. Volkshöhe: **Was ihr wollt.** Lustspiel von Shakespeare.
Neuanmeldungen von Theaterabonnements an der Theaterkasse. (5387)
Einladung der Ab. Karten für die Volkshöhe **Konzerte** Mittwoch nachmittags von 3 bis 5 1/2 Uhr.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 9. August.

Zu Ehren der Republik.

Am Freitag, dem 11. August, ist Verfassungstag. Ein Tag, den alle Monarchisten, Geheimbündler und Volksfeinde in tiefster Seele hassen. Aus gutem Grunde. Denn der 11. August 1919 hat mit dem Vorkriegsstaat und den Vorrechten der privilegierten Klassen aufgeräumt. Der 11. August gab dem schwergeplagten und mißhandelten deutschen Volke eine neue, freiheitliche Verfassung, die, richtig angewandt, seinen Aufwärtsstieg trotz aller Hemmungen gewährleistet. In Lübeck wird dieser Tag offiziell durch eine Verfassungsfeier im Bürgerschaftssaal mittags 12 Uhr gewürdigt. Zu dieser Feier sind eingeladen die Mitglieder des Senates und der Bürgerschaft, die Vertreter sämtlicher Behörden, des Reiches und des Staates, der Reichswehr, des Beamtenbundes und der Angestelltenverbände, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften.

Sehr eigenartig berührt es, daß in einzelnen Schulen bereits das ursprünglich freiheitliche, heute aber zum Monarchistenlied gewordene „Deutschland, Deutschland über alles“ eingeübt wird. Sollte man beabsichtigen, dieses Lied bei den Schulfeiern singen zu lassen, damit würde dieses Vorgehen eine Verhöhnung der Republik bedeuten. Wir legen heute schon höchste Verwahrung gegen ein derartiges Unterfangen ein.

Der Sozialdemokratische Verein wird an diesem Tag eine Mitgliederversammlung abhalten und zugleich den Verfassungstag würdigen. Der Chorverein wird mit einigen Liedervorträgen aufwarten und Genosse Senator Paul Löwig eine der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprache halten.

Das ganze Volk, soweit es die Verzweiflungspolitik der Monarchisten ablehnt und am Wiederaufbau des Reiches arbeitet, muß diesen Tag durch ein Bekenntnis zum neuen Staat würdig begehen. Bisher war es fast ausschließlich die Hand- und Kopfarbeiterschaft, die sich zur Republik bekannte. Das Bürgertum verhielt sich teils ablehnend, teils indifferent. Die schwarz-weiß-roten Fahnen der Reaktionsäre sind von der Bildfläche verschwunden. Und diejenigen, die sich „auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen“, scheuen sich, die neue Reichsflagge zu zeigen. Selbst große Geschäftshäuser, die viel von Arbeiterfundschaft leben, sah man selten die neue Reichsflagge zeigen.

Jetzt heißt es Farbe bekennen! Es gilt kein Drehen und Deuteln. Wer sich nicht für die Republik bekemmt, ist gegen sie. Und alle Verlegenheitsfahnen werden diesen Eindruck nicht erwirken. Nur schwarz-rot-gold ehrt die deutsche Republik. Es war nicht immer ganz leicht, die neue Reichsfahne zu beschaffen. Die privaten Geschäfte haben auf diesem Gebiete versagt. Sie wollten die schwarz-rot-goldene Fahne nicht unter das Volk bringen. Da muß die Selbsthilfe einsehen. Auf das Bekenntnis zur Republik kommt es an. In einem Meer von schwarz-rot-gold muß künftig die Mörderfahne erstrahlen!

Am 11. August ist Verfassungstag! Vergesse es nicht!

*

Die Senatskanzlei legt Wert darauf hinzuweisen, daß der diesjährige 11. August kein gesetzlicher Feiertag ist, daß vielmehr über diese Frage der Reichstag voraussichtlich erst im Herbst Beschluß fassen wird. Eine allgemeine Arbeitsruhe konnte daher am 11. August d. J. nicht in Frage.

Augustepistel.

Weißt du noch, wie Gemüse schmeckt? — Weißt du, wie gut sich's Pfämenen schmeckt? — Schmeckt Apfelsuchen trefflich nicht? — Saffirbren sind oft ein Gedicht! — Durchkost es nur mit holdem Schwung — im Traume der Erinnerung! — Denn laufen tarntst du heut nichts mehr — von all' den Dingen, die einst jehr — in Fülle deinem armen Leben — der löbliche August gegeben! — Ist sich auch der Erinnerung Qual, — ein Märchen bleib's: es war einmal! — Heut sieht die Welt sich anders an — für Frau und Kind und Ehemann! — Das Brot preist schon enormes Geld, — Kartoffeln kaum man noch erhält, — an Fleisch darfst nimmer mehr zu denken, — auf Eder deinen Sinn zu lenken, — willst ein Paar Stiefel nennen dein, — müßt du dir selbst „vermögend“ sein! — Fahrpreis und Gaspreis zu erschwingen — gehört schon zu den schwierigsten Dingen, — die Preise erst für Holz und Kohlen — die soll firmen der Teufel holen! — Noch meldet bald der Herbst sich an, — der dich schon's Frösteln lehren kann! — Denk doch nicht gar an warme Kleider, — die sind nicht für die Hungerleider! — Feier' du nur, daß die Schwarte brack — und die tiefer rufst du noch im Innern! — Die Birnen, Bohnen, Pflaumenfrüchte — wär'n auch für dich, dem armen Wichte! — So aber laufen wir Gefahr, — je weiter schreiten tut das Jahr, — je tiefer rufst du in Not! — Schon können kaum das trockne Brot — wir kaufen, wie wir uns auch schinden! — Das Leid, soll's nie ein Ende finden? . . .

Erhebliche Erhöhung der Brotpreise.

Schwarzbrot 29,50 Mk., Feinbrot 32 Mk.

Das Landesversorgungsamt beschäftigte sich heute vormittag mit der Neujustierung der Brotpreise. Es mußte infolge des erhöhten Getreidepreises und der erheblich gestiegenen Unkosten leider fast eine Verdoppelung der bisherigen Preise für Markenbrot vorgenommen werden. Bisher kostete das Schwarzbrot 15 Mk. und das Feinbrot 16 Mk. Von Sonnabend ab erhöht sich der Preis für Schwarzbrot auf 29,50 Mk. und für Feinbrot auf 32 Mk. Am 15. August endet das Wirtschaftsjahr und von diesem Zeitpunkt ab tritt eine starke Getreidepreiserhöhung in Kraft. Der Preis steigt von 2100 Mk. auf 6900 Mk., also um mehr als das Dreifache. Die Kalkulation der Brotfabrikanten und der Bäckermeister über den Preis des Brotes ist vom Landesversorgungsamt nachgeprüft worden. Sie mußte als richtig anerkannt werden; eine Ermäßigung des Preises war daher nicht möglich. Angefragt wurde noch, ob diese Preise für längere Zeit Gültigkeit hätten, oder schon bald mit weiteren Erhöhungen gerechnet werden müßte. Die Antwort lautete, daß darüber noch nichts Bestimmtes gesagt werden könnte. Weitere baldige Erhöhungen seien aber bei der jetzigen allgemeinen Preissteigerung nicht ausgeschlossen. Auch schon darum nicht, da die Landwirte mit dem jetzigen Getreidepreis nicht zufrieden sind und einen höheren Preis fordern. Heut als Vertreter der Landwirte glaubte allerdings, daß die Reichsgetreidestelle sich jetzt bereichern wolle, weil der erhöhte Preis schon jetzt eingeführt würde, obgleich die neue Ernte, wofür bekanntlich die Landwirte erst den erhöhten Preis erhalten, noch gar nicht eingebracht sei. Mit Recht wurde dazu gesagt, daß das Reich bisher viele Millionen zur Verbilligung des Brotes ausgegeben hat. Webrigens sei das Inlandsgetreide ziemlich aufgebraucht, so daß jetzt hauptsächlich das sehr teure Auslandsgetreide verwendet werden müßte. Heut ist bekanntlich ein Feind der Getreidebewirtschaftung durch die Reichsgetreidestelle. Es ist daher begreiflich, wenn er gegen diese Einrichtung

einen Vorstoß macht. Wie sehr Heut für die Verteuerung des Brotes eintritt, beweist die Tatsache, daß vor einiger Zeit ein von ihm mitunterzeichnetes Flugblatt unter den hiesigen Landwirten verbreitet wurde, worin sie zur Sabotierung der Getreideumlage aufgefordert werden. So sorgen die Herren für die Ärmsten der Armen und läßt ihnen den letzten Pfennig ab. In der Bürgerschaft aber stellt Herr Heut dann Anträge, die bezwecken sollen, den Bedürftigen zu helfen. Heuchelei! Als recht eigenartig und ungehörig wurde es bezeichnet, daß der „General-Anzeiger“ bereits heute morgen die neuen Brotpreise veröffentlichte, obgleich die Preise noch gar nicht festgesetzt waren. Alle wandten sich gegen diese Notiz. Um so mehr, da der Schlußlag, daß bald wieder mit einer Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen sei, lediglich auf Vermutungen beruhe. Bestimmtes sei darüber heute noch nicht zu sagen. Solche Nachrichten brachten nur unnötige Beunruhigung ins Publikum.

Der Vorsitzende, Senator Löwig, berichtete dann noch über die Bemühungen des Landesversorgungsamtes zwecks Beschaffung von Kartoffeln für den Winter. Die Verhandlungen mit den Erzeugern in Mecklenburg haben zufriedenstellende Resultate gezeigt. Die zu liefernde Menge wird demnächst festgesetzt werden. Der Marktpreis muß allerdings gezahlt werden. Jedoch wird man an Frachten gegenüber früher bedeutend sparen, wo die Kartoffeln von Posen, Pomern usw. bezogen wurden. Herr Polizeirat Lippert gab dann noch bekannt, daß nach einer Anweisung des Landesversorgungsamtes die Brothändler die Marken an die Bäcker voll abliefern, andernfalls den Schaden ersetzen müßten. Diese neuen Preise bedeuten eine ungeheure Belastung der Konsumenten. Am schwersten leiden aber die kinderreichen Familien und die alten Leute. Die Löhne und Gehälter müssen bedeutend erhöht werden, um einen Ausgleich zu schaffen.

Neue Bezüge der Sozialrentner.

Im Reichsgesetzblatt ist das vom Reichstage beschlossene Gesetz über die Lohnklassen, Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung sowie über die Unterstützung von Rentnempfangern der Invaliden- und Angefalltenversicherung veröffentlicht worden. Das Gesetz bringt überaus wichtige Änderungen, die alle Versicherten und Arbeitgeber interessieren. Aus dem Inhalt sei nachstehend das Wichtigste hervorgehoben:

Mit Wirkung vom 1. 8. 22 ab werden die Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrenten von 600 auf 3000 Mk. jährlich und die Waisenrenten von 300 auf 1500 Mk. jährlich erhöht. Das ist eine Aufbesserung von 200 bzw. 100 Mk. monatlich. Die vor dem 1. 8. 22 festgesetzten Renten werden bei den vier zuerst genannten Renten ebenfalls um monatlich 200 Mk. und bei den Waisenrenten um monatlich 100 Mk. in die Höhe gesetzt.

Das Gesetz über Notstandsmagnahmen zur Unterstützung von Rentnempfangern der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist wesentlich verbessert worden. Das Gesamtjahreseinkommen, bis zu dem eine Unterstützung gewährt werden darf, ist bei den Invaliden- und Altersrentnempfangern auf 7200 Mk., bei den Witwen- und Witwerrenten auf 5700 Mk. und bei den Waisenrenten auf 3200 Mk. erhöht worden. Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens wird für die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung die Invaliden- oder Altersrente mit 3400 Mk., die Witwen- oder Witwerrente mit 3200 Mk. und die Waisenrente mit 1600 Mk. angerechnet; darüber hinausgehende Rentenbeträge kommen nicht in Anlag. Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens bleibt das Arbeitseinkommen der Rentnempfangern bis zum Jahresbetrage von 4000 Mark außer Betracht.

Zu den bisherigen 8 Lohnklassen A bis H der Invalidenversicherung kommen 3 neue Lohnklassen J bis N. Die Lohnklasse H, in der bislang alle Versicherten mit einem höheren Jahresarbeitsverdienst als 15 000 Mark zu versichern waren, schießt mit 18 000 Mark ab. Die neuen Lohnklassen werden wie folgt abgegrenzt:

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

Schluß. (Nachdruck verboten.)

„Es ist mir eigentlich gar nicht recht,“ sagte Rolf am Abend zu seiner Tochter, „daß Du einen mit einem schwarzen Kof freist. Ich hätte lieber gesehen, daß Du einen Bauern geheiratet hättest, der Hof übernehmen könnte. Wa fange ich nun an?“

„Du müßt Dir eine Bäuerin freien, Vater,“ gab Wiebke zurück.

„Er führt sich durch das Haar, in dem deutlich die feinen Silberfäden schimmern. „Ich bin zu alt; ich bekomme keine mehr.“

„Ich weiß eine.“

„Er rangelte die Brauen, er dachte an Ingeborg. Erst heute morgen war er unliebsam an sie erinnert worden; die Milchlässe, die drei- bis vierhundert Mark enthielt, war verschwunden. Sie hatte sich für das Jahr, das sie hier die Wirtschaft führte, verabschiedet.“

„Dieser Verlust war für Rolf wohl zu verschmerzen, aber es ärgerte ihn doch.“

„Wiebke betrachtete ihn mit lächelnder Miene. „Du denkst an die Falkhe, Vater; Dich muß man mit Gewalt in Dein Glück hineinstoßen.“

„Wie meinst Du das?“

„Antje Möller!“ flüsternte sie.

„Da ging eine tiefe Bewegung über sein Gesicht. „Antje Möller,“ murmelte er, und dann ging er hinaus und ging lange Zeit mit großen Schritten auf der Diele auf und ab.“

„Sechs Wochen später feierte Andrees Möller seine Hochzeit mit der kleinen Mieten. Rolf Andersen war Trauzeuge und sah an der kleinen Hochzeitsstafel neben Antje. Er ließ es sich nicht nehmen, das junge Paar selbst nach Heisterneß zu fahren.“

hellen, freundlichen Farben gehalten. Kein düsterer Geist sollte die lustige kleine Frau erschrecken.“

„Wiebke hatte aus den letzten Blumen, die sie in Feld und Garten fand, einen Kranz gewunden, den sie als Willkommen vor die Haustür gehängt hatte.“

„Jetzt war alles bereit. Der Tisch war festlich gedeckt; in der Küche verbreitete der Braten einen verlockenden Duft, und endlich, endlich, kamen sie.“

„Wiebke umarmte und küßte die kleine Frau. Dann drückte sie Andrees die Hand. „Mach' sie glücklich,“ jagte sie leise.“

„Das junge Ehepaar trat ins Haus. Wieben jubelte vor Entzücken über die herrlichen Sachen, die alle ihr Eigentum sein sollten. Nur eines vermisse sie: die Heisterneß.“

„Die sind alle fort,“ entgegnete Andrees.“

„Wie schade! Aber nicht wahr, von den Geistern sind noch welche da? Ich möchte zu gern mal einen Geist sehen.“

„Du möchtest wohl das Fürchten lernen, du kleine Frau?“ Andrees sah ihr liebevoll in die Augen. „Du sollst sie ja gerade mit deinem Lachen vertreiben.“

„Da lachte sie; es klang, als wenn ein silbernes Glöcklein läutete. In Rolfs Herzen tauchten bei dem Lachen Erinnerungen auf, gleich Lichtern, die aufleuchteten und verschwanden.“

„Früh am andern Morgen fuhren Rolf und Wiebke ab. „Rechtswischhof wartet,“ sagte der Vater.“

„Die Tochter sah ihn prüfend von der Seite an. „Ich hätte einen Wunsch, Vater,“ sagte sie. „Lena wird noch leicht einen halben Tag allein fertig; wie wäre es, wenn wir einen kleinen Umweg nach Jannstedt machen, ich denke, Mutter Antje wird noch ein Stück Hochzeitsstücken für mich aufgehoben haben.“

„Hat sie auch,“ rief der Vater. „Sie hatte es sogar eingewickelt; wir haben nur vergessen, es mitzunehmen.“

„Dan müssen wir hinaufgehen und es holen.“

„Rolf Andersen lächelte. „Kind, wir haben einen Umweg von drei Stunden; vor heute Abend sind wir nicht zu Hause.“

„Ein wenig verlegen trat Rolf bei Antje ein. „Wiebke wollte sich ihren Kuchen holen!“ sagte er scherzend, „was soll man machen! Die Kinder sind es gewohnt, ihren Willen durchzusetzen.“

„Rolf und Antje standen sich gegenüber. „Leise schloß Wiebke die Tür hinter ihnen. „Dreesohm,“ sagte sie, sich nach dem Alten umwendend, „bitte, zeigt mir mal das Wiegen; ich habe mich von jeher dafür interessiert.“

„Dreesohm war eifrig bei der Hand. Er kramte die Gewichte hervor, starrte die Wiegeschalen, zeigte, erklärte, rief die Schuttladen auf und öffnete die Fächer und wurde nicht müde, seine wissbegierige Schülerin zu unterrichten.“

„Zwischen Antje und Rolf gab es eine Verlegenheitspause. Antje murmelte eine Entschuldigung; es läge noch alles so unordentlich aus dem dem gestrigen Feste. Mit flinken Händen fing sie an zu räumen.“

„Da sagte Rolf Andersen sie mit festem Entschluß an der Hand. Wenn sie ihm auch nicht ein bißchen entgegenkam, müßte er sich wohl aufraffen.“

„Antje,“ sagte er, „um möchte ich Dich davonholen nach Rechtswischhof: ist's Dir recht?“

„Was soll ich da?“

„Meine Frau werden.“

„Ach, Rolf, ich bin zu alt geworden, um noch die Bauersfrau zu spielen. Ich passe nicht mehr in den Kram hinein.“

„Bist Du zu alt, bin ich's erst recht; ich bin acht Jahre älter als Du.“

„Ach, ihr Mannskente werdet ja überhaupt nicht alt.“

„Und Du, kleine Antje, bist noch ebenso schmaud und so flink wie vor fünfzig Jahren.“

„Sie war verblüfft wie ein junges Mädchen und wußte nichts zu antworten. Da schlang er seinen Arm um sie und drückte ihr Köpfchen an seine Brust und küßte sie, und sie wehrte ihm nicht. Sie hatten keine Ort und Zeit vergessen und waren wieder jung geworden.“

„Als Antje jetzt aufblickte, fiel ihr Blick auf den Wandspruch, und sein Auge folgte dem ihrigen. „Wiebke“ lasen sie beide. „Wiebke“ klang es in ihren Herzen, jubelten ihre Lippen.“

„Draußen waren Dreesohm und Wiebke noch immer im eifrigen Gespräch; da traten Rolf und Antje Hand in Hand heraus, mit lächelnden Lippen und Tränen in den Augen.“

„Dreesohm, Wiebke!“ rief Rolf, „in vier Wochen ist wieder Hochzeit!“

Es war eine hübsche Hochzeit, die Antje und Rolf feierten. Antjes Angelegenheiten waren bald geordnet. Dreesohm wollte sich nicht von seinem Laden trennen; er zog ganz zu Recht

- J: 18 000—27 000 Mt. Jahresarbeitsverdienst. Invalidenmarke zu 18 Mark.
- K: 27 000—39 000 Mt. Jahresarbeitsverdienst. Invalidenmarke zu 24 Mark.
- L: 39 000—54 000 Mt. Jahresarbeitsverdienst. Invalidenmarke zu 32 Mark.
- M: 54 000—72 000 Mt. Jahresarbeitsverdienst. Invalidenmarke zu 42 Mark.
- N: mehr als 72 000 Mt. Jahresarbeitsverdienst. Invalidenmarke zu 52 Mark.

Die Steigerungssätze der Invalidenrente betragen pro Jahr und Marke der Lohnklasse J 270 Pfg., K 390 Pfg., L 540 Pfg., M 720 Pfg. und N 900 Pfg. Der Anteil der Versicherungsbeiträge an den Altersrenten beträgt bei 1200 Markten der Lohnklasse J 2900 Mt., K 4100 Mt., L 5600 Mt., M 7400 Mt. und N 9200 Mt. jährlich.

Die neuen Lohnklassen treten nicht sofort, sondern erst mit dem 1. Oktober d. J. in Wirksamkeit. Die Beiträge usw. in den Lohnklassen A bis H sind nicht geändert.

Sonderkurse für wissenschaftliche Fortbildung. In diesem Jahre ist zum ersten Male für die wissenschaftliche Berufsbildung der höheren akademisch gebildeten Beamten Lübecks ein größerer Betrag in den Etat eingeplant worden. Hieron haben zuerst die in der Pädagogischen Gruppe des hiesigen naturwissenschaftlichen Vereins zur Förderung der mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts vereinigt Mathematiker und Naturwissenschaftler der höheren Schulen Lübecks Gebrauch gemacht, indem auf ihren Antrag Herr Oberstudienrat Dr. W. Diekmann, Dozent für Didaktik der exakten Wissenschaften an der Universität Göttingen, von der Oberstudienbehörde beauftragt worden ist, sechs Doppelvorträge über „Ausgewählte Kapitel der mathematischen Didaktik“ zu halten. Den in dieser Woche zu haltenden Vorträgen liegen folgende Themen zu Grunde: 1. Grundlagenforschung und Unterricht. 2. Der Funktionsbegriff. 3. Inzidenzmalzeichnung im Unterricht. 4. Lineargeometrie. 5. Physikunterricht und Mathematik. 6. Der Summator im mathematisch-pädagogischen Unterricht. An die Vorträge werden sich eingehende Diskussionen anschließen, denen am Sonntag das besondere Thema: „Moderne Fragen der Schulorganisation und deren Zusammenhang mit dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern“ unterzogen wird.

August-Meteor. Der August gehört mit dem April und November zu den sternschnuppenreichsten Zeiten des Jahres. In diesem Monat kreuzt die Erde einen der Hauptmeteorströme, die Perseiden, deren Maximum in die Tage des 9. bis 13. August, namentlich auf den 10. August fällt, deren Vorläufer vorangeht oder schon Ende Juli bemerkbar werden und deren Nachzügler noch bis in die zweite Monatshälfte hinein auftreten. Der Ausstrahlungs- oder Radiationspunkt liegt nahe bei den Sternen Gamma und Eta des Perseus. Die mittlere Höhe des Vorläufers dieser Meteore beträgt 131 Kilometer, die mittlere Höhe des Perseiden 86 Kilometer über der Erdoberfläche. Die mittlere Länge des Weges während ihrer Sichtbarkeit fand man gleich 77 Kilometer und die mittlere Geschwindigkeit pro Sekunde gleich 62 Kilometer. Ihre Geschwindigkeit wird nur von der im November sichtbaren Leoniden-Meteoriten überboten, die im Mittel 77 Kilometer pro Sekunde zurücklegen, und ist mehr als doppelt so groß als die Geschwindigkeit der Erde in ihrem Lauf um die Sonne, oder 70—80mal so groß als die einer aus ihrem Lauf seitlichen Kometeninsel. Die Radiationshöhe über den Perseidenstrom reicht zurück bis zum Jahre 890 n. Chr. Zeitrechnung. Sie haben sich seitdem, denn bei einer Periode von 33 Jahren, um etwa 108 Jahre nach die größere Häufigkeit immer 20—30 Jahre lang an. Da die Bahnperiode der Perseiden, wie Schiaparelli entdeckte, fast genau mit denen des Kometen 1862 III übereinstimmt, hat man diese Meteore als einseitige Teile jenes Kometen zu betrachten.

Wegen Preistreiberi und Kettenhandels hatten sich am Dienstag die Kaufleute Andreien und Wendfeld vor dem Schöffengericht zu verantworten. Ersterer hat im Februar 1920 von der Firma Cards 5500 Zirkel gekauft und sie an Wendfeld mit einem Gewinn von 3,50 bis 4,50 Mt. per Stück lediglich weiter verkauft. S. hat die Ware dann an eine Feinzigler Firma ebenfalls gleich weiter veräußert und an jedem Einzel 1 Mt. verdient. S. behauptet, daß er kein Käufer gewesen sei, sondern den Verkauf nur vermittelt habe. Auch sei ihm von dem Feinzigler Käufer gelagt worden, daß er die Ware für den eigenen Gebrauch haben wolle. S. wurde aber festgesetzt, daß S. die Ware nicht nur einem Großhändler weiterverkauft habe, sondern sie auch durch ein Inserat in Zeitungen anpreiseln hat. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt beide Angeklagte für schuldig und beantragte für jeden eine Geldstrafe von 3 Monaten und 20 000 Mt. Geldstrafe. Das Gericht hielt aber Kettenhandel nicht für vorliegend und erkannte daher auf Freilassung. Es sei ja, so wurde in der Urteilsbegründung gelagt, daß die Ware von der Firma Andreien direkt nach Leipzig gegangen ist. — Wenn man bedenkt, daß die Ware, bevor sie dem Verbraucher

zugeführt wurde, durch die Hände von 4 Großhändlern gegangen ist, so wird mancher das Urteil nicht verstehen. Die Waren haben einen unerschwinglichen Preis erlangt. Es kann und darf nicht gebuhlet werden, daß mehrere Großhändler den Preis noch höher treiben. Die Verbraucher müssen gegen Preistreiberi gekämpft werden. Angesichts der Not des Volkes müssen die Preistreiber rücksichtslos gepackt und der Begriff des Kettenhandels muß erg begrenzt werden.

Wo wird am meisten gebaut? Unter dieser Überschrift erschienen in den letzten Tagen in den Zeitungen Mitteilungen, über den Reizung von Wohnungen in den deutschen Großstädten, im ersten Vierteljahr 1922. Es wurden wie das Nachrichtenamt mitteilt, in diesen Mitteilungen nur die absoluten Zahlen angegeben, während es für die Beurteilung der Intensität des Wohnungsbauens in erster Linie notwendig ist, die Zahl der angebotenen Wohnungen mit der Bevölkerungsziffer zu vergleichen. Bei einem solchen Vergleich stellte sich heraus, daß die Wohnungsbautätigkeit am stärksten ist in Köln, dann folgt an zweiter Stelle Lübeck, dann weiter Mannheim, Bremen, Kassel, Halle. Die Stellung Lübecks an zweiter Stelle ist besonders erfreulich, da für das an dritter Stelle stehende Köln infolge der Besetzung mit ausländischen Truppen und Städten besondere Verhältnisse gelten.

pd. Festgenommen wurde ein Knecht aus Schönberg, der einem Viehhändler aus Schönberg 31 000 Mt. unterschlagen hatte.

pd. Diebstahl. Vor dem Segehererhaus Hanja ist ein an einer Boje befestigtes Ruderboot und bei Süd ein Badelboot abhanden gekommen und vermutlich gestohlen. — Auf der Fahrt von Niendorf nach Hamburg sind einer Ehefrau eine Reihe Schmuckstücke gestohlen worden. — Fahrräder wurden gestohlen in der Gewerbeschule, der St. Lorenz-Knabenmittelschule und in der Fischstraße.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Karten vom Gewerkschaftsfest sind umgehend abzurechnen. Der Vorstand.

Achtung, Gruppenvorstände! Heute abend wichtige Sitzung. Die B.-M.-Zentrale.

Stadtheater. Am Donnerstag gelangt Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt“ zur Aufführung. Regie: Saldmann.

Angrenzende Gebiete.

lt. Landesteil Lübeck, Demokratie und Regierung in Cuxin. Darüber wird uns geschrieben: Im Landesteil Lübeck ist die durch den Tod des Kreisführers Christianen freigebliebene Stelle neu zu besetzen. Die Regierung in Cuxin übt das Vorschlagsrecht aus, das Ministerium für Kirchen und Schulen in Oldenburg (Ministerpräsident Langen) hat zu ernennen. Im Landesausschuß nahmen Sozialdemokraten und Deutschdemokraten, also die Parteien, die hinter dem jetzigen republikanischen Staatsministerium Langen stehen, folgenden Antrag an: „Die Regierung wird ersucht, bei der Besetzung der Stelle eines Kreisführers für Angermünde darauf zu achten, daß nur eine Person in Frage kommen kann, die einwandfrei auf den Boden der Republik steht und die modernen Forderungen der Lehrerschaft (gemeint sind die Schulforderungen des Deutschen Lehrervereins) mit der ganzen Würde einer demokratisch denkenden Persönlichkeit vertritt.“ Der Lehrerausschuß des Landesteils Lübeck hat in einer Eingabe die Regierung in Cuxin, wie bisher, so auch jetzt den Kreisführer aus den Reihen der Volksschullehrer zu ernennen. Als der Lehrerausschuß in späterer Eingabe den Gesuch befragt, der Regierung nur eine Person vorzuschlagen und somit der Regierung keine Auswahl oder Mitbestimmung bleibe, konnte sie dies bei gutem Willen durch Einforderung weiterer Vorschläge einrichten. Von der sozialdemokratischen Partei, der größten Partei im Landesteil, deren Kinder zumeist die Volksschule füllen, wurde eine Eingabe an die Regierung und das Staatsministerium im Sinne des Antrages des Landesausschusses gerichtet und um Besetzung der Stelle mit einem sozialdemokratischen Lehrer gebeten. Was ist nun die Regierung in Cuxin? Um Wunsch und Willen der Bevölkerung kümmert sie sich nicht. Das scheint in letzter Zeit Übung dort zu sein. Deutschnationale Gesellschaften und kirchliche Organisations sind die wegweisende Mächte, auf die sie allein hört. Anders ist es sonst nicht zu verstehen, daß sie verlannt, sie einen auswärtigen Herrn, seines Zeichens Monarchist, der früher im Landesteil Lübeck als Lehrer tätig war, aber die Heimat verließ, um anderswo für dieselbe Arbeit besser entlohnt zu werden, nun für die einzige Anwartschaft der Volksschullehrer als Kreisführer in dieser Zeit dem Ministerium in Vorschlag gebracht wird. Man will in der Regierung weiter unter sich sein und die dort herrschende Unwissenheit nicht hören lassen. Die Erfordernisse der Zeit scheint man denn nicht erkennen zu können oder zu wollen. Wir sind daher: „Ministerpräsident werde hart!“ Auf den Versammlungen für das Verbleiben bei Oldenburg hast Du in hohen Tönen die Selbstverwaltung unseres Landesteils bei Oldenburg gepriesen. Deine Beamten in Cuxin scheinen aber davon etwas nichts zu wissen oder zu verstehen. Das ist ein Unglück für unser kleines Heimatland fernab vom republikanischen Landesparlament. Sorge Du daher jetzt, daß über die Besetzung der Kreisführerstelle eine Verhandlung mit den berufenen Vertretern des Volkes und der an der Volksschule wirkenden Lehrerschaft im Sinne und im Interesse einer republikanischen Staatsform und der auf sie eingehenden Volksschule herbeigeführt wird.

Sonntag, 10 Regierungen an Pierbelleich sind als jetzt angekündigt worden. Eine in Wandshel wohnende Familie Windemann, ein Ehepaar mit zwei Kindern, hatte am 29. Juli Niederdeutsch bei Fischer, Lindenallee 29, gekauft und verzehrt. Während der Mann und die Entel Vergiftungserscheinungen leichten Art zeigten, ist die 75-jährige Ehefrau in der Nacht zum 8. August gestorben. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird die Todesursache feststellen. Weiter sind in Cuxinbüttel sämtliche Häuser zweier Familien nach dem Genuss von Pierbelleich erkrankt. Diese haben das Fleisch bei der Firma Fruch & Hoyer, Sanktstraße 72, gekauft. Die dort befindlichen Fleischporträte sind sofort beschlagnahmt worden. Daraus diese neuen Fälle ist die Zahl 10 erreicht.

Rechtsung, Ortskrankenkassentagung. Der Verband der Ortskrankenkassen für die Provinz Schleswig-Holstein und der Provinz Lübeck hielt am Sonntag zu Rendsburg seine 17. Mitgliederversammlung ab. Vom Geschäftsführer Hauptmann-Meyer wurde der Geschäfts- und Kassensbericht erstattet. Im 1. H. zu erwähnen, daß dem Verband jetzt 72 Ortskrankenkassen angehören. Darauf hielt der Geschäftsführer des Hauptverbandes Wilhelm-Dresden ein Referat über die Reorganisation des Hauptverbandes und der Unterverbände. Der Hauptverband würde ein großes, selbstständiges Institut werden. In den Landes- und Provinzialverbänden sollen beratende Geschäftsführer angestellt werden. Eine andere Einrichtung der Unterverbände sei geplant. Schleswig-Holstein solle 3. H. mit den Hauselstädten verbunden werden. Der Reorganisation wurde grundsätzlich zugestimmt. Betreffs der Reorganisation war man gegen die Zustimmung auch Strensens, das zu Hannover gehören müßte. — Geschäftsführer Hag-Kiel hielt einen Vortrag über die Arztfrage. Er forderte sich darauf, die Kassen vor dem Ruin zu retten. Folgende vom Reber eingeschickte Entschlossenheit fand einstimmige Annahme: „Nachdem das Gesetz zur Sicherung der ärztlichen Versorgung bei den Krankenkassen vom 20. April 1922 vom Reichsversicherungsamt die Zustimmung erteilt hat, über die Besetzung der 3 500 RMD hinaus den Krankenkassen das Recht zu verleiht, hat der Krankenkassen eine Besetzung zu gewäh-

ren, erwartet die Mitgliederversammlung, daß der Reichsversicherungsminister von dieser Vollmacht möglichst bald Gebrauch macht. Die Krankenkassenvertreter fordern aber darüber hinaus von der Besetzung: 1. entsprechende Zwangsmaßnahmen zur Erhaltung von örtlichen Kassenverbänden, denen der Abschluß von Arztverträgen und anderen Verträgen übertragen wird. 2. für die Krankenkassen und deren Verbände das gesetzliche Recht, wenn die ärztliche Behandlung zu unannehmbaren Bedingungen nicht zu haben ist, statt der Verpflichtung zur Gewährung der ärztlichen Leistung eine bare Leistung an dessen Stelle zu setzen. Die Mitgliederversammlung erwartet, daß der Reichsversicherungsminister nach Vereinbarung mit den Krankenkassenhauptverbänden allgemein gültige Bestimmungen für die Gewährung dieser Barleistungen herausgibt. — Betreffs der Besetzung der Kassenangehörigen wurde ein Beschluß gefaßt, den Hauptverband zu beauftragen, die Besetzung der Angehörigen zu regeln.

Norberbistmarfchen. Die Gaunerei geht los. Für die Herbstlieferung haben kürgerliche Mäntelermelungen die Händler schon 80 0 Mark für Kartoffeln geboten. Unter der Bevölkerung herrscht die Befürchtung, daß die Kartoffelpreise noch auf 1000 Mark steigen werden, wenn nicht auf irgend eine Art von der Behörde eingegriffen wird. — In den Laternenpfehl mit solchen Bürgern! Es ist übrigens bezeichnend, daß die bürgerliche Presse jetzt ein Lamento anhebt, obgleich sie es gerade war, die dem freien Handel willenlos die Spalten öffnete und heute noch den Schreibern gegen den letzten gelinden Zwang, der Getreidemlage Helferdienste leistet.

Güstrow. Für Graefe-Galbeheer. In Güstrow fand eine Sitzung der Landesparlamentarier der Deutschnationalen Volkspartei Mecklenburg und Lübeck statt, in der die Vorgänge innerhalb der Deutschnationalen Reichstagsfraktion besprochen wurden. Es wurde nachstehende Entschlossenheit gefaßt: „Die Vertreter der engeren Landesverbände von Mecklenburg-Schwerin und Lübeck sind sachungsgemäß nicht befugt zu den Auseinandersetzungen des Herrn von Graefe mit der Reichstagsfraktion sachlich Stellung zu nehmen. Sie richten aber unter dem einmütigen Ausdruck des persönlichen Vertrauens an Herrn von Graefe die dringende Bitte bis zur Entscheidung der weiteren Landesverbände sein Reichstagsmandat fortzuführen. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß auf einem beschleunigt einzuberufenden Vertretertag der Hauptpartei eine vollständige Klärung und möglichst Überbrückung des beklagenswerten Konfliktes herbeigeführt wird.“ — Herr von Graefe hat in dem Blatt des Herrn Wulle einen Artikel veröffentlicht, in dem die Reichstagsfraktion hart angegriffen wird. Daß die Mecklenburger und Lübecker Deutschnationalen für ihren reaktionären Helden eingetreten, stand für jeden, der diese Leute kennt, von vornherein fest.

Aus der Partei.

Von der Reichstagsfraktion SPD. wird mitgeteilt: Aus den Beiträgen der Mitglieder der Reichstagsfraktion wurden dem Parteivorstand 100 000 Mt. überwiesen.

Aus aller Welt.

Tumult auf dem Breslauer Fleischmarkt. Da die Fleischer mit den festgesetzten Höchstpreisen nicht auszukommen glauben, haben sie am Sonnabend so gut wie gar kein Fleisch verkauft. Die Bevölkerung war darüber sehr erregt, stürmte die leeren Fleischstände auf den Märkten und demolierte sie. Die Fleischer ergreifen die Flucht. Auch die übrigen Händler räumten fluchtartig den Markt. Unter der Einwirkung der Polizei und Festlosigkeit steht der Butterpreis auf 200 Mark. Ein Streik aller Fleischer ist in Vorbereitung, falls die Höchstpreise nicht heraufgesetzt werden.

Theater und Musik.

Das Hanjatheater

hat die vor zwei Jahren bereits an gleicher Stelle gegebene Operette „Drei alte Schachteln“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Der Text von Haller vereinigt nach bewährtem Rezept Püßigkeit mit Lustigkeit, hält sich aber anerkennenswerberweise von den sonst üblichen Plattheiten fern. Die Musik von Kollo enthält manche ins Ohr fallende Melodie, erhebt sich aber nur in dem Walzerlied des zweiten Aktes über die übliche Operettenmusik hinaus. Daß diese Operette hier noch eine Anzahl von Aufführungen erleben wird, wird sie in erster Linie den Darstellern der Hauptrollen zu danken haben. Besonders die die bekannte Berliner Senta Ebendal kopierende Grete Grewil und Billi Schenk entfesseln Lachsalven mit ihrer Komik, Ella Voeb, fremdlich und darstellerisch gleich gut, gibt der Hauptperson der drei Schachteln die richtige Form. Adolf Trimborn feinerseits besticht wiederum durch seinen langhaarigen Tenor und seine vornehme, non allen Manierlichkeiten freie Darstellung. Sella Leijer in ihrer wenig wichtigen Rolle war wie immer sehr hübsch, hoffentlich wird sie in der Saison auch in größeren Rollen ihre Fähigkeiten zeigen können. Unter der kundigen temperamentvollen Führung von Dr. F. H. H. gab es eine Aufführung, die dem Hanjatheater volle Häuser garantieren wird. Das Haus war ausverkauft und amüsierte sich, wie der Beifall bewies, föhlich. 5.

Neue Bücher.

Mojaibücher. Eine auserlesene Novellensammlung gibt der Mojaib-Verlag G. m. b. H. in Berlin heraus. Schmucl in der Aufmachung, tiefgründend im Inhalt werden sich diese Bändchen bald einen großen Freundeskreis erwerben. Vor uns liegen: Max Halbe, Der Frühlinggarten; Beda Prilepp, Johannisnacht; Max Kretzer, Die Loden und Franz Raibel, Die frohe Wochst. Jarbesaitet läßt Halbe in seinem Frühlinggarten die Rosenstimmung der Jugend und Liebe erklingen. In wundervoller Sprache verschlingen sich die feinsten menschlichen Empfindungen zu froh pulsierendem Leben, sinnigem Genuss und entschwirren in geläutertem Glanze der Erdenphäre. Ein Buch voll Reinheit und Heiligkeit der Gedanken, wert, dem herangewachsenen Geschlecht in die Hand gedrückt zu werden, damit es sich am Feigen erwärme und am Edlen erbaue. — Beda Prilepps Johannisnacht führt durch Trüben und Wirrungen zweier Künstleraturen, die sich finden wollen und doch nicht finden können. Die empfindsame Frauenseele der Dichterin flücht sich in das Gefühl der hoffenden und entsetzten Heidin. Ueber der gestaltungreichen Handlung liegt etwas wie Schwermut, die sich in der zweiten Novelle: Aus der Hölleiner Heide weiter auswirkt, aber trotzdem voller echt deutscher Romantik ist. — Ein 2. Bändchen „Die Locke“ bringt kleinere Geschichten von Max Kretzer. Die Titelnovelle selbst erinnert uns an den Romanistifsteller Kretzer, wie er sich in seinen früheren Werken, wie z. B. „Der Holzhandler“ und „Mut zur Sünde“ so plastisch auswirbt. Die anderen in diesem Bändchen enthaltenen Erzählungen bieten wohl in Kretzers flüssigem Stil leichte Unterhaltung, sind an sich aber nichts Besonderes. — Etwas stärkeren Anspruch an den Bildungsgrad des Lesers stellt Franz Raibels „J. r o h e B o t s c h a f t“. Zwar scheint diese frohe Wochst etwas Enselnderhaft mit sich, und wie die zweite Erzählung: „Der reiche Jüngling“ viel moralisierende Philosphie, aber Raibel schürt doch etwas tief menschlichen Erkenntnisvermögen. Das gilt in besonderer Maße vom „Jell Kernal Brian“, einer Erzählung, die neue Einblicke in Leben, Liebe und Tod fensibler Menschen gibt. Nicht für Alltagsmenschen geschrieben, aber padend für jeden, der sich dem Gedankenangang des Dichters anpassen vermag. Der Preis jedes gebundenen Bandes war beim Erscheinen mit 25 Mt. angegeben.